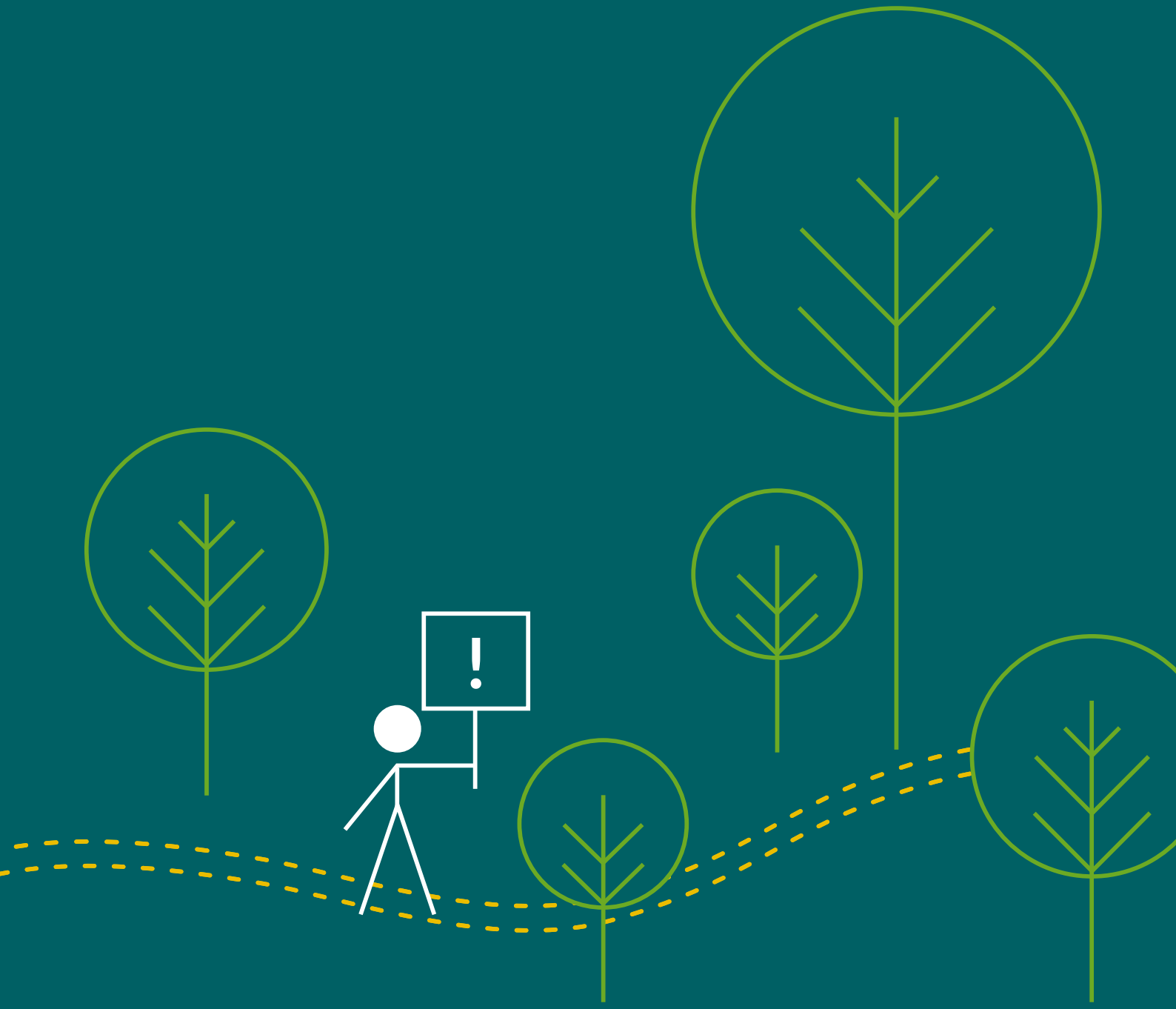


FARN 

Fachstelle Radikalisierungsprävention
und Engagement im Naturschutz

Die extreme Rechte zwischen Klimawandelleugnung und Klimanationalismus





Inhalt

Vorwort <i>Lukas Lindemann</i>	5
Umweltschutz von rechts – Ökofaschismus <i>Natascha Strobl</i>	6
Atomenergie als „Völkermord“ – Rechtsextreme in der Anti-AKW-Bewegung <i>Lukas Nicolaisen</i>	9
Die Energiewende im Stimmengewirr – ein differenzierter Blick auf die Gegner*innen der Windkraft <i>Achim Brunnengräber</i>	14
Die AfD und der Kampf um den Kohleausstieg. Perspektiven aus der Lausitz <i>Tobias Haas</i>	19
Klimawandelleugner*innen in Deutschland: Zwischen Verschwörungsideologien und Wohlstandsegoismus <i>Moritz Neujeffski und Max Goldenbaum</i>	23
Von Umweltrassismus zu Klimagerechtigkeit? Koloniale Kontinuitäten in der Klimakrise <i>Nene Opoku</i>	29
Das Anthropozän-Konzept – Jenseits von Kohlendioxid und Kapitalismus <i>Michael Müller</i>	33
Prävention und politische Bildung gegen rechte Klimapolitik – Ansätze der FARN-Bildungsarbeit <i>Klara Kauhausen und Yannick Passeick</i>	37

Vorwort

Seit die Corona-Pandemie im März 2020 endgültig die Bundesrepublik Deutschland erreicht hat, lassen sich zunehmend deutlich Parallelen in den Argumentationsmustern von Skeptiker*innen und Leugner*innen des anthropogenen Klimawandels und der Corona-Pandemie feststellen. Sie führen Pseudo-Expert*innen ins Feld, formulieren wissentlich und willentlich Logik-Fehler, stellen unerfüllbare Erwartungen, betreiben Rosinen-Pickerei und weben an passenden Stellen Verschwörungsmuthe in ihre Erzählungen mit ein. Das Zusammenspiel dieser Strategien wird mit **PLURV** abgekürzt und lässt sich in zahlreichen gesellschaftlichen Debatten beobachten.

Gut dargestellt wird dies im Text von Achim Brunnengräber über Gegner*innen der Windkraft. Es wird deutlich, wie wichtig eine genaue und differenzierte Betrachtung der verschiedenen Akteur*innen ist. Seien es die Demonstrationen gegen die neue Tesla-Fabrik bei Berlin oder gegen Windräder im Reinhardswald im nördlichen Hessen, immer wieder müssen wir uns fragen: Mit wem stehe ich hier gemeinsam auf der Straße? Welche Interessen und Überzeugungen stehen hinter den anderen Demonstrant*innen? Mit wem mache ich mich gemein in meinem Protest?

Dieser Auseinandersetzung muss sich die Umwelt- und Naturschutzbewegung stellen. Vor allem auch im Hinblick darauf, dass Maßnahmen für den Klimaschutz dem Naturschutz

entgegenstehen können und diese Dilemmasituationen ideale Türöffner für rechtspopulistische und -extreme Bewegungen darstellen. Doch die Bewegung für einen lebenswerten und nachhaltigen Planeten für alle Menschen darf sich davon nicht spalten lassen. Umso wichtiger ist deshalb die Auseinandersetzung mit diesem Konfliktfeld, welches nach der Bundestagswahl sicherlich noch einmal an Brisanz gewinnen wird.

Es wird deutlich, dass unsere Welt unübersichtlich ist. Während Wissenschaftler*innen und Forscher*innen immer neue Erkenntnisse über die multiple Krise der Ökonomie, der Ökologie, des Sozialen und der Demokratie gewinnen, scheint dieses mehr an Wissen viele Menschen nicht mehr zu erreichen. Umso wichtiger werden da Veröffentlichungen wie diese, in denen sich der Raum genommen wird, um über gesellschaftliche und globale komplexe Sachverhalte zu informieren. Dafür danke ich den Autor*innen dieser Broschüre und der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz – kurz FARN – ausdrücklich.

Eine spannende Lektüre und neue Erkenntnisse wünscht

Lukas Lindemann

Vertreter der Jugendumweltverbände im Deutschen Naturschutzring (DNR) und Mitglied der Bundesleitung der Naturfreundejugend

1 | Umweltschutz von rechts – Ökofaschismus



Grün und rechts – das sind exakte Gegensätze. Vom Parteienspektrum aus gedacht stimmt das auch. Die Grünen sind eine ökologische Partei, die sich selbst aber klar links positioniert und für eine liberale und menschenrechtszentrierte Gesellschaft eintritt. Verlässt man den Blickwinkel auf Parteienpolitik, so wird die Sache komplizierter. Denn Umweltschutz und Rechtsextremismus sowie Faschismus schließen sich keineswegs aus. Umweltschutz ist nicht per se progressiv. Umweltschutz ist nicht per se menschenfreundlich gedacht. Dass dem aktuell aber so ist, ist ein Verdienst der verschiedenen linken und progressiven ökologischen Bewegungen der vergangenen Jahrzehnte. Von rechter Seite wird jedoch versucht, das Thema zurückzuholen und mit völkischen und menschenverachtenden Ideologemen zu vermengen. Besonders augenscheinlich ist das bei einem Blick auf die Corona-Leugner*innen-Szene. Neben Verschwörungsideologien, bekannten organisierten rechtsextremen Kreisen und gewaltbereiten Neonazis tauchen dort

auch Personen mit dezidiert ökologischen Anliegen auf. Bei der Erstürmung des Capitols am 6. Januar 2021 in Washington D.C. wiederum wurde der sich selbst als Schamane bezeichnende Jacob Chansely (Jake Angeli) zum Symbol einer ganzen Bewegung. Nicht zuletzt, weil er nach seiner Festnahme auf veganem und biologischem Essen im Gefängnis bestand.

Umwelt vs. Mensch

„It's the birthrates, it's the birthrates, it's the birthrates.“ So fängt das Manifest des Attentäters von Christchurch, Neuseeland, an. Er hat es geschrieben, veröffentlicht und dann Waffen zur Hand genommen, um 51 Menschen in zwei Moscheen zu ermorden und weitere 50, teilweise schwer, zu verletzen. Das war im März 2019. Das Besondere an dieser Tat und an diesem Manifest: Es ist stark ökofaschistisch geprägt. „Ökofaschismus“ hat im deutschsprachigen Raum oft einen abwertenden Klang für die ökologische Bewegung, also, als seien Ökolog*innen die ‚wahren‘ Faschist*innen etwa mit ihrem Kampf gegen fossile Energien und die damit verbundenen Konzerne. In seiner englischen Entsprechung „Ecofascism“ ist damit jedoch eine Spielart des Neofaschismus gemeint. Diese Art des Neofaschismus begründet die eigene Menschenverachtung mit einer Liebe zur Natur. Der moderne Mensch und die Natur werden als Gegensatzpaar gesehen und beschrieben, das nicht in Einklang leben kann. Der Fortschritt des Menschen geht zu Lasten der Natur und der Erhalt der Natur ist an die Dezimierung der Menschen geknüpft. In diesem Denken wird die Natur zu einem mythischen Eigenwesen verklärt. In dieser Weltsicht besteht die natürliche Ordnung darin, dass jedes Lebewesen und damit auch der Mensch einen fest zugewiesenen Ort hat.

Ökofaschist*innen argumentieren so gegen Migration und die „Vermischung“ verschiedener Kulturen. Dieses „Blut und Boden“-Denken war schon zentral für den ‚Reichsernährungsminister‘ des „Dritten Reiches“, Walter Darré, der das Ziel hatte, in Deutschland vorindustrielle Verhältnisse wiederherzustellen

und menschlichen Nachwuchs nach völkischen Zuchtprinzipien zu steuern. Als zentrales Problem werden im modernen Ökofaschismus die Geburtenraten ärmerer, speziell afrikanischer und asiatischer, Länder ausgemacht. Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit haben ebenfalls einen Fokus auf dieses Thema. Der Unterschied ist, dass diese dem Thema unter anderem mit Bildung, Sexualaufklärung und Gesundheitsversorgung begegnen.

Im Ökofaschismus vermischt sich der Umweltgedanke mit Menschenhass und die hohen Geburtenraten werden zu einem ökologischen wie völkischen Problem. Schuld sind in dieser Deutung die Frauen, die zu viele (völkisch nicht wünschenswerte) Kinder bekommen und so die Umwelt zerstören. Zur inhärenten Menschenverachtung kommt also ein spezieller Hass auf (schwängere und gebärende) Frauen beziehungsweise Mütter sowie Kinder. Sie werden zu einem Übel, das beseitigt werden muss. In dieser Sichtweise sind sie nicht die vulnerabelsten Mitglieder einer Gesellschaft, sondern stehen an vorderster Front in einem Krieg gegen die Natur und die westliche Welt. Das ist ein Komplementärgedanke zu anderen neofaschistischen Deutungen, die sich im Speziellen vor den jungen, virilen Männern, etwa in der sogenannten Flüchtlingskrise, fürchten. Der Terrorist von Christchurch sah sich selbst nicht nur als Kämpfer gegen einen vermeintlichen „großen Austausch“, sondern auch als aktiven Umweltschützer.

2007 erschoss ein 18-jähriger Schüler im finnischen Tuusula in seiner Schule acht Menschen und verletzte eine weitere Person. In seinem Manifest „The Natural Selector’s Manifesto“ forderte der Täter einen „totalen Krieg gegen die Menschheit“, da diese eine Bedrohung für andere Spezies darstellen würde. Beeinflusst war er von seinem Landsmann Pentti Linkola (1932–2020), einem bekannten Ökofaschisten, der eine drastische Reduzierung der Bevölkerung forderte und Demokratie sowie Menschenrechte ablehnte. Die einzige englischsprachige

Übersetzung eines seiner Bücher erschien unter dem Titel „Can life prevail?“ im neurechten Arktos Verlag. Nach seinem Tod kondolierten Minister*innen der finnischen Grünen und würdigten seine Arbeit. Umweltminister Pekka Haavisto: „Er war weder sehr sozial noch liebte er die Menschenrechte oder verteidigte diese. Vielmehr sah er den Menschen als Belastung für die Erde, und natürlich gab es auch Linienunterschiede.“ Haavisto betont, dass es jedoch immer einen Konsens in Naturschutzfragen gab. „Ich denke, er hinterlässt das Erbe, dass



jeder etwas für den Naturschutz tun kann.“¹ Freundliche Worte fand auch Martin Lichtmesz in einem Artikel in der Sezession, dem zentralen Ideologie-Organ der deutschsprachigen Neuen Rechten in seinem Nachruf auf Linkola. Linkola zustimmend kommt Lichtmesz zu einem Fazit, in dem er selbst Massenmord insinuiert: „Wenn es nun aber wirklich einen Zusammenhang zwischen Erderwärmung und Überbevölkerung gibt, und eine große globale Katastrophe durch diese Erderwärmung bevorsteht, dann wäre eine präventive drastische Reduktion der Bevölkerung (und nicht bloß des Bevölkerungswachstums) ein durchaus logischer Schritt.“² In seinem letzten Interview sagte Linkola selbst über das Corona-Virus: „Das Corona-Virus kann die Zerstörung der Erde etwas verlangsamen, aber sobald es entmutigt wurde, wird die gleiche Lebensweise fortgesetzt. Solange wirtschaftlicher Fortschritt und Entwicklung wichtige menschliche Ziele sind, geht die Rettung des Planeten verloren.“³

Die Alten und Schwachen

Sozialdarwinismus ist ein Kernideologem rechtsextremer Ideologie. Rechtsextremismus setzt die Stärksten zentral. Sie dürfen nicht behindert und verlangsamt werden von jenen, die nicht stark genug sind. Stärke ist in diesem Denken synonym mit körperlicher Stärke. „Jung“ und „stark“ bilden dabei ein Komplementärpaar, das gegen „alt“, „schwach“, „krank“ und „behindert“ gesetzt wird. Körperliche Stärke ist nicht nur ein individueller Vorteil, sondern trägt im Gesamten zum „Volkskörper“ bei. Schwache Elemente dieses Volkskörpers schwächen diesen und müssen dementsprechend ausgesondert werden. Dazu gehören nicht nur medizinische Kategorisierungen, sondern dezidiert auch kulturelle. So wird Antisemitismus verbio-logisiert und Juden und Jüdinnen zu einem biologischen Makel,

da sie körperlich schwach seien und eben den Volkskörper schwächen würden.

Sozialdarwinismus ist also immer auch inhärent anschlussfähig für Antisemitismus und Rassismus. Ökofaschismus ist eine sozialdarwinistische Ideologie, die ihre Ratio aus dem vermeintlichen Willen einer anthromorphisierten oder vergöttlichten Natur zieht. Eine Pandemie ist nicht per se ein Unglück, sondern eine Strafe für eine dekadente, verweichlichte Gesellschaft, die wider die Natur lebt. Wider die Natur ist hier im direkten Sinne gemeint, also ausbeuterisch und zerstörerisch und gleichzeitig wird auch ein vermeintlicher natürlicher Wille imaginiert. Dieser beinhaltet die heterosexuelle Kernfamilie und völkisch wünschenswerte Kinder. Im Gegensatz dazu werden zum Beispiel Homosexualität und Transpersonen als im biologischen Sinne „gegen die Natur“ gesehen und somit als Schwächung eines auf Natürlichkeit aufgebauten Ganzen.

Fazit

Es ist wichtig, diese ökofaschistischen Phänomene zu erkennen und zu dechiffrieren, auch weil anzunehmen ist, dass diese mit Fortschreiten der Klimakrise immer stärker auch im deutschsprachigen Raum anzutreffen sein werden. Ihre Anhänger*innen können sich oberflächlich als Verbündete präsentieren und an große Klimaschutzbewegungen anhängen wollen. Eine klare antifaschistische Haltung muss für den Klima- und Umweltschutz nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern ist vielmehr eine praktische Notwendigkeit.

Natascha Strobl

Natascha Strobl ist Politikwissenschaftlerin, Autorin, Analytistin und Publizistin.

1 <https://yle.fi/uutiset/3-11293151> (übersetzt mit google translate aus dem Finnischen)

2 <https://sezession.de/62454/in-memori-am-pentti-linkola-1932-2020>

3 Ebd.

2 | Atomenergie als „Völkermord“ – Rechtsextreme in der Anti-AKW-Bewegung

Die schweren Störfälle im japanischen Kernkraftwerk Fukushima Daiichi und die daraus resultierenden bundesweiten Anti-AKW-Proteste führten 2011 zur atompolitischen Kehrtwende. Die im Herbst 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke (AKW) wurde zurückgenommen. Das letzte deutsche Kernkraftwerk soll 2022 abgeschaltet werden. Für die hochradioaktiven Abfälle muss bis 2031 ein Endlagerstandort gefunden werden. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) legte deshalb im September 2020 den „Zwischenbericht Teilgebiete“ vor, durch den konkrete Betroffenheiten geschaffen wurden.

Schon vor der Veröffentlichung des Zwischenberichtes verkündeten Sachsen, Thüringen und Bayern, dass ihre Bundesländer grundsätzlich nicht für ein Endlager geeignet seien (ntv.de 2019). Erste Gemeinden positionierten sich öffentlich gegen ein Endlager in ihrer Region. Zudem mehren sich seitdem die Stimmen, die den Atomausstieg insgesamt in Frage stellen. Im Juni 2021 startete die AfD Sachsen eine Kampagne mit dem Titel „Kernenergie – Na klar!“

Der vorliegende Text beleuchtet die Positionen und das Engagement für und wider die Atomkraft seitens extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien.

Die NPD und die Atomenergie – den „Völkermord“ verhindern

Die NPD spricht sich grundsätzlich für den Atomausstieg aus. Bereits 1973 befasste sich die NPD mit der Atomenergie. Im Düsseldorfer Programm heißt es: „Die NPD fordert ein Bundesministerium für Entwicklung, das die zentralen Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes wahrzunehmen hat. Es hat allgemeinbindende Richtlinien aufzustellen (...) sie haben folgende Ziele: (...) den Schutz vor schädlicher radioaktiver Strahlung und Sicherung des Transports und der Lagerung giftiger radioaktiver Stoffe“ (NPD 1973).



Zwar lässt diese Forderung keinen Rückschluss auf ein Pro oder Contra Atomenergie zu, dennoch ist das Bewusstsein für den notwendigen Schutz vor radioaktiver Strahlung sowie die Benennung von Transport und Endlagerung im damaligen Kontext im Parteienspektrum beipiellos.

1994 verabschiedete die NPD die «Nationaldemokratischen Leitlinien zu Lebens- und Umweltschutz» und forderte hierin unter anderem „die Weiterentwicklung von ‚alternativen Energien‘ mit Finanzmitteln aus der Atomforschung“ (Melchert 2012). Lediglich die Grünen positionierten sich in ihrem Parteiprogramm zur Bundestagswahl 1994 ähnlich deutlich.

Im Wahlprogramm zur Europawahl 2019 spricht sich die NPD schließlich deutlich für den Atomausstieg aus, gibt allerdings zu bedenken, dass dieser erst dann erfolgen dürfe, wenn es ausreichenden Ersatz in Form von erneuerbaren Energien gäbe.



Deutschland dürfe nicht von „polnischen, tschechischen und französischen Atomstrom-Exportprofiteuren“ abhängig werden.

Auch abseits der Wahlprogramme findet sich ein kontinuierliches Interesse der NPD am Thema Atomenergie. So versuchte die NPD Mecklenburg-Vorpommern das Anti-Atom-Bürgerbündnis Lubmin-nixda zu unterwandern. Die Aktivist*innen klagten damals über die ungewollte Unterstützung durch die rechte Szene. Ungeachtet dessen mobilisierte die Partei gegen den Castor-Transport ins Zwischenlager Nord. Die NPD sah die „nationale Heimat“ in Gefahr und wollte sich zur Wehr setzen gegen „den Dreck, der im schönen Mecklenburg verbuddelt werden sollte“ (Thieme 2010). Schließlich rief Udo Pastörs, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der NPD im Schweriner Landtag, zum Widerstand gegen „Völkermord am deutschen Volk“ auf (ebd.).

2012 brachte die NPD Mecklenburg-Vorpommern den Antrag „AKW- Nee“ in den Landtag ein. Bei den darauffolgenden Wahlen erhielt die Partei in der Gemeinde Usedom über 20 Prozent der Stimmen. Eine ihrer Wahlkampfparolen lautete damals: „Kein Atomtod aus Polen!“ Hintergrund der Kampagne war der geplante Bau eines polnischen Atomkraftwerkes etwa

300 Kilometer entfernt von der Grenze Mecklenburg-Vorpommerns. Die NPD forderte den Bau zu stoppen. Der deutsche Steuerzahler käme für den Bau auf, der polnische Strom würde künftig ins deutsche Netz eingespeist werden und der hochradioaktive Müll in Lubmin eingelagert werden. In dem Zusammenhang nannte die NPD den deutschen Atomausstieg eine Lüge.

Der III. Weg und die erneuerbaren Energien

Im September 2019 veröffentlichte Der III. Weg das „Plädoyer für eine radikale nationalistische Umweltschutzpolitik“. Das Papier beschäftigt sich ausführlich mit den aktuellen Diskursen der deutschen Energiepolitik, also mit dem Für und Wider von Kohle, Atom und erneuerbaren Energien.

„Die Atomenergie mag seit Tschernobyl sicherer geworden sein, wenngleich Fukushima beweist, dass es keine hundertprozentige Sicherheit gibt. Ein entscheidender Nachteil bleibt jedoch der Atom Müll, der weder natürlich abgebaut noch sicher entsorgt werden kann. Stets bleibt ein Risiko für nachfolgende Generationen durch Radioaktivität, die in das Grundwasser eindringen kann.“ (Der III. Weg 2019)

Die Partei spricht sich grundsätzlich gegen Atomenergie und für den Ausbau von erneuerbaren Energien, insbesondere Windkraft und Photovoltaikanlagen, aus. Gleichzeitig hält Der III. Weg, ähnlich wie die NPD, den Ausstieg für übereilt. Man fürchtet die Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Stromlieferanten und labelt die Energiewende als Trickserie: „Klar heißt aber auch, dass eine verantwortungsvolle ökologische Wende nichts mit der ‚Energiewende‘ unter Merkel zu tun hat. Diese importiert den Strom schlicht aus Nachbarländern, um sich selbst über die scheinheilige Trickserie Stimmen zu sichern [...]“ (Ebd.)

In diesem Zusammenhang wird nicht nur der Import von Strom aus Nachbarländern abgelehnt, sondern genauso die Kompensation durch Kohleenergie oder Erdgas. Erstere wird von Der III. Weg abgelehnt, weil durch den Abbau von Kohle „Stück für Stück deutscher Heimatboden“ verloren ginge. Das Zweite, weil man sich damit in die Hände russischer Oligarchen begeben würde, die Autarkie Deutschlands also gefährdet sei.

Bemerkenswert ist sicherlich die vergleichsweise detailreiche Auseinandersetzung des III. Weges mit den Argumenten der Windkraftgegner*innen. Dabei wird der Mythos vom Vogelsterben ebenso entkräftet wie der vom Flächenfraß und der Lärmbelästigung. Der III. Weg weist zudem auch die Behauptung zurück, Windkraftanlagen verfügten nicht über die notwendige Leistung, um den Atom- und Kohleausstieg zu kompensieren. Schlussendlich werfen sie den Gegner*innen vor, Rechtspopulist*innen zu sein, denen es lediglich um den Erhalt des Status Quo und nicht um den Natur- und Umweltschutz gehe.

AfD – Die Entdeckung des Natur- und Umweltschutzes

In 2019 verabschiedete die AfD auf ihrer zweiten Umweltkonferenz ein umfangreiches Dokument zum Natur- und Umweltschutz – die Dresdener Erklärung (AfD 2019). Klimaschutzmaßnahmen beurteilt das Papier als „teuer, nutz- und wirkungslos“.

Die AfD lehnt den Atomausstieg, Stand heute, ab. Diese Position nahm die Partei allerdings nicht von Anfang an ein. Oder zumindest war sie in dieser Deutlichkeit vorher nicht formuliert.

Im ersten AfD-Parteiprogramm zur Bundestagswahl 2013 trat die AfD noch für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ein. Das bestehende Gesetz deklariert die Partei als „unsozial“. Sie lehnt in diesem Zusammenhang die Subventionen für Sonnen- und Windenergie über den Strompreis ab und fordert stattdessen erneuerbare Energien über

Steuermittel zu unterstützen. Diese Formulierung lässt allerdings auch den Rückschluss zu, dass die AfD 2013 dem Ausbau von erneuerbaren Energien nicht vom Grundsatz her ablehnend gegenüberstand.

Auch 2017 hält sich das Wahlprogramm der AfD noch alle Optionen offen. Hierin findet man die Formulierung: „Die bestehenden Kernkraftwerke wollen wir deshalb nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen.“ Den Ausstieg aus der Atomenergie hielt man demnach perspektivisch wohl für möglich. Lediglich über die Betriebsdauer der vorhandenen Atomkraftwerke hatte die Partei also anscheinend Gesprächsbedarf.

Erst mit der Dresdener Erklärung positioniert sich die AfD dann ganz klar „pro Atomenergie“: Die AfD möchte nicht nur vom Ausstieg abrücken, sie spricht sich sogar für einen Ausbau der Atomenergie in Deutschland aus. Damit steht sie im deutlichen Kontrast zu der Energiepolitik der vorangestellten rechtsextremen Parteien.

Und unter der Überschrift „Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz“ weist die AfD in der Dresdener Erklärung darauf hin, dass der Boden als Ressource begrenzt ist und seine Nutzung daher sorgfältig abgewogen werden muss. Zum Schutz der Flora und Fauna fordert die AfD in diesem Zusammenhang einen konsequenten Ausbaustopp von Windkraft und Photovoltaikanlagen.

Im Wahljahr 2021 schließlich verkündete die AfD, zur Atomenergie zurückkehren zu wollen, und beschäftigte mit dieser Forderung sowohl den Deutschen Bundestag als auch den Landtag in Sachsen und Brandenburg. Und auch der Landesvorsitzende der AfD in Rheinland-Pfalz Michael Frisch bewertete den Ausstieg aus der Atomenergie als „Riesenfehler“ und forderte die Wiederaufnahme der Kernforschung (Die Rheinpfalz 2021).

Rechte Pioniere gegen die Atomkraft

Wer nun glaubt, dass rechte Akteur*innen und Gruppierungen in der Anti-AKW Bewegung keine Rolle spielen und dort niemals Fuß fassen könnten, sei durch einen Blick auf die ersten Widerstände eines Besseren belehrt: Von Anfang an dabei war der „Weltbund zum Schutz des Lebens“.

Als Reaktion auf Kernkraftwerke wird 1960 die erste Anti-AKW-Organisation in Deutschland gegründet, nämlich die deutsche Sektion des „Weltbundes zum Schutz des Lebens (WSL)“. In diesem versammelten sich alte und junge Nazis, Anthroposoph*innen und Konservative. Der Gründer der österreichischen Sektion (1958) Günter Schwab hatte zuvor eine

klassische Karriere im NSDAP-Apparat hingelegt und warnte nach 1945 vor den Gefahren der Atomkraft.

Entscheidend für sein Engagement war dabei, Schaden an den Erbanlagen einer weißen Herrenrasse abzuwenden. Erster Präsident des deutschen WSL wurde der ehemalige Nationalsozialist und „Euthanasie-Arzt“ der Tötungsanstalt Grafeneck, Walter Gmelin. Ideologisch ließ sich der WSL nicht zuletzt durch den Einfluss vom Pfarrer der anthroposophischen Christengemeinde und vormaligen SS-Funktionär Werner Georg Haverbeck zwischen völkischer Ideologie und Anthroposophie verorten. Werner Georg Haverbeck und seine Frau Ursula Haverbeck, gründeten 1963 das Collegium Humanum, welches über Jahrzehnte Veranstaltungsort für Seminare zu ökologischen Themen, Frauenbewegung und später dann ausschließlich rechtsextremem Ideologie war. 1979 diente das Collegium Humanum noch der Vorbereitung zur Gründung einer Vorgängerorganisation der Grünen, an welcher auch die Haverbecks maßgeblich beteiligt waren. Nach Streitigkeiten mit dem internationalen WSL wurde die deutsche Sektion ausgeschlossen. 2001 überführte Ursula Haverbeck den WSL dann ins Collegium Humanum und den damit verbundenen rechtsextremen Verein Bauernhilfe, welche beide aufgrund fortgesetzter Leugnung des Holocaust 2008 verboten wurden. Bis 2012 war der Weltbund zum Schutz des Lebens in Österreich weiterhin tätig, immer noch im Umfeld der Anti-AKW-Bewegung. Dann löste sich die Vereinigung auf.

Fazit

Die Beweggründe und Argumentationsmuster extrem rechter Befürworter*innen und Gegner*innen gleichermaßen zu kennen, wird für die Anti-AKW-Bewegung in den kommenden Jahren unerlässlich sein. Denn die extreme Rechte setzt auf die sogenannte Querfront, also auf inhaltliche Überschneidung und Gemeinsamkeiten quer durch einzelne politische und weltanschauliche Lager. Das Ziel ist dabei gemäß der Strategie der



„Die extreme Rechte setzt auf die sogenannte Querfront, also auf inhaltliche Überschneidung und Gemeinsamkeiten quer durch einzelne politische und weltanschauliche Lager.“

„Kulturrevolution von rechts“ die langfristige Transformation der allgemeinen Vorstellungen und schließlich die Aufweichung des demokratischen Konsenses. Eine Querfront darf genau deshalb für die demokratischen Kräfte in der Anti-AKW-Bewegung niemals zur Debatte stehen.

Literatur

AfD (2019): Dresdener Erklärung, 13./14. Juli 2019. Online verfügbar unter <https://q2z7z6i5.rocketcdn.me/wp-content/uploads/2019/07/Dresdener-Erkla%CC%88rung-V7.pdf>

Der III. Weg (2019): Plädoyer für eine radikale nationalistische Umweltschutzpolitik. Online verfügbar unter <https://der-dritte-weg.info/2019/07/plaedoyer-fuer-eine-radikale-nationalistische-umweltschutzpolitik/>

Die Rheinpfalz (2021): Michael Frisch (AfD): In Kernkraft investieren 19. Februar 2021. Online verfügbar unter https://www.rheinpfalz.de/politik/rheinland-pfalz_artikel,-michael-frisch-afd-in-kernkraft-investieren-_arid,5171009.html?reduced=true

Melchert, Johannes (2012): Die ökologische Frage als Aktionsfeld der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Strategien der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Braune Ökologen Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns, Schriften zur Demokratie Band 26, 2012. Online verfügbar unter <https://www.boell.de/sites/default/files/Braune-Oekologen.pdf>

NPD (1973): Düsseldorfer Programm. Online verfügbar unter <https://archive.org/details/NPDDsseldorferProgramm1973>

ntv.de (2019): Söder schließt Atommüll-Endlager aus. Online verfügbar unter <https://www.n-tv.de/politik/Soeder-schliesst-Atommuell-Endlager-aus-article21132898.html>

Recherche Dresden (2019): Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende, 7.6.2019. Online verfügbar unter <https://recherche-dresden.de/sieben-thesen-fuer-eine-konservativ-oekologische-wende/>

Schumacher, Christian (2019): Atomkraft (II): Risiken und Lösungen, in: Die blaue Narzisse, 20.5.2019. Online verfügbar unter <https://www.blauenarzisse.de/atomkraft-ii-risiken-und-loesungen/>

Tagesspiegel (2019): AfD-Jugend entdeckt das Klima, 28.05.2019. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-der-europawahl-afd-jugend-entdeckt-das-klima/24392390.html>

Thieme, Matthias (2010): Nazis nutzen Atom-Protest für sich, in: Frankfurter Rundschau, 13.12.2010. Online verfügbar unter <https://www.fr.de/politik/nazis-nutzen-atom-protest-sich-11678253.html>

Lukas Nicolaisen

Lukas Nicolaisen ist Agrarwissenschaftler. Er leitet seit 2017 die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN). Die Fachstelle wurde 2017 von den NaturFreunden Deutschlands und der Naturfreundejugend Deutschlands gegründet.

3 | Die Energiewende im Stimmengewirr – ein differenzierter Blick auf die Gegner*innen der Windkraft

Es ist noch nicht allzu lange her, da waren die Konfliktlinien im Kampf um die Energiewende noch übersichtlicher. Finanzstarke Unternehmen aus der Energie-, Automobil- oder der rohstoffverarbeitenden Industrie bezahlten Lobbyist*innen, Stiftungen und Thinktanks dafür, die Energiewende lautstark zu diskreditieren. Die Gewinne aus der Öl-, Gas- oder Kohleindustrie wie auch aus der Zement- und Stahlbranche waren zu üppig, um sich auf die Wende zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise einzulassen. Der Klimawandel wurde – auf der Grundlage (fraglicher) wissenschaftlicher Studien – mit Angstmacherei und Katastrophismus gleichgesetzt. Die Energiewende wurde mit finanziellen Belastungen, Arbeitsplatzverlusten oder einem drohenden Blackout, dem großflächigen Stromausfall für einen längeren Zeitraum, gebrandmarkt. Für die Energiewende positionierten sich unzählige Bürger*innen-Initiativen (BIs) und Kommunen sowie grüne Unternehmen, die sich für die dezentralisierte und demokratische Stromerzeugung und somit auch für die Windenergie einsetzten. Dieses bunte Volk der Nachhaltigkeit, das gerne auch belächelt wurde, führte lange ein Nischendasein.

Doch die Zeiten haben sich geändert. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aus dem Jahr 2000 markiert den Anfang einer dynamischen Erfolgsgeschichte. Der Klimawandel wird immer dramatischer und kaum noch geleugnet. Ohne Klimaschutz auf der politischen Agenda werden heute weder Politik noch Wirtschaft ernst genommen. Aber wie in allen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist es eine Sache, sich auf die großen Ziele von Nachhaltigkeit, Energiewende und Klimaschutz zu verständigen. Eine andere Sache ist es, sich mit den damit verbundenen Veränderungen aus der Nahperspektive zu befassen und davon betroffen zu sein (Hoefl et al 2017). Allerdings befinden sich nun die Gegner*innen der Energiewende in der Nischenposition und ziehen dort die Aufmerksamkeit rechtspopulistischer Kräfte auf sich.

Zweierlei wird deutlich:

- Die sozialen Auseinandersetzungen verlagern sich dorthin, wo die zahlreichen Maßnahmen der Energiewende konkret werden. Deshalb verwundert es nicht, dass Energiewende-Projekte von immer mehr Protesten der Bürger*innen, von BIs wie von Naturschutz- und Umweltverbänden begleitet werden.
- Die Interessenlage wird komplexer und intransparenter. Mit der kategorischen Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen lässt sich heute keine Politik mehr machen – und es lassen sich auch immer weniger Gewinne damit erzielen. Darum versuchen Parteien, Unternehmen und Lobbygruppen vor allem hinter den Kulissen und unauffällig die Energiewende zu verhindern.

Haben sie damit Erfolg? Seit 2018 ist der Ausbau der Windenergie an Land stark zurückgegangen. Im Jahr 2020 sind in Deutschland nur rund 1.400 Megawatt an Windkraft hinzugekommen. Zwischen 2013 und 2018 lag das durchschnittliche Wachstum noch bei ca. 4.000 Megawatt im Jahr. Diese Entwicklung hat allerdings ganz verschiedene Gründe, wie etwa bürokratische und langwierige Genehmigungspraxen der Behörden, den Übergang vom Festpreissystem zu Ausschreibungen oder Klagen gegen neue Anlagen. Der Spiegel (2019, S. 13) fasst es so zusammen: „Was einmal groß gedacht wurde, verläppert im Kleinklein der deutschen Wirklichkeit.“ Die Wirkungsmacht der Gegner*innen der Windkraft muss folglich stets im Zusammenhang mit anderen Bremsmechanismen betrachtet und entsprechend bewertet werden.

Gegenwind von überall

Die Gründe für die Kritik an der Projektierung von Windkraftanlagen oder ihre gänzliche Ablehnung sind vielfältig und werden von einem breiten gesellschaftlichen Spektrum vorgebracht. Die Motive dafür reichen von der Sorge um die Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes, mögliche gesundheitliche



Risiken der Windenergie durch akustische Emissionen oder die reale Gefährdung von Vögeln, Fledermäusen und anderen Wildtieren durch die Rotorblätter bis zum Problem der fehlenden politischen Teilhabe bei den Planungs- und Genehmigungsprozessen. Auch die Verteilungs(un)gerechtigkeit zwischen betroffenen Anwohner*innen und wirtschaftlichen Profiteur*innen oder die Befürchtung sinkender Grundstückspreise kann die Kritik befeuern. Dabei können sozial-ökologische Nachhaltigkeitsaspekte oder wirtschaftliche Gewinne nicht gegen Emotionen, die Ästhetik der Landschaft oder ein Heimatgefühl ausgespielt werden. Gesundheits- oder ethische Belange müssen ebenso ernst genommen werden wie das Klima- und Nachhaltigkeitsargument. Diese vielschichtigen Motivlagen lassen

sich nicht als rechtspopulistischer Diskurs zusammenfassen; wengleich auch solche Stimmen hörbar sind.

Gegenwind von Rechts?

Die Zielkonflikte zwischen Energiewende, Umwelt- und Klimaschutz sowie dem Schutz und der Erhaltung der Natur lassen sich nicht einfach auflösen (Radtke et al 2020). Verschärft werden sie aber noch, wenn ideologische Motive hinzukommen und die Energiekonflikte überlagern. Dann hat die Windkraft das Potenzial, ganze Dörfer zu spalten. Wenn sich Parallelen zu Argumentationsmustern und Handlungsstrategien rechtspopulistischer Akteur*innen zeigen (Miosga 2019), ist die mediale wie wissenschaftliche Aufmerksamkeit

für solche Bürger*innenproteste außerdem besonders hoch. Das Phänomen wird dadurch überhöht, obgleich es in Relation zu allen Windkraftprotesten nur marginal ist. Wie schwierig es darüber hinaus ist, Akteur*innen mit rechten Ideologien über einen Kamm zu scheren, soll am Beispiel von Windwahn, Vernunftkraft und der Deutschen Wildtier Stiftung gezeigt werden (Themann et al 2020).

Windwahn

Windwahn ist eine Online-Plattform, die BIs unter einem Dach organisieren will und sich als Sprachrohr für diese BIs versteht. Sie zeigt auf ihrer Webseite eine Karte, auf der über 1.100 Verbände und Initiativen verzeichnet sind. Windwahn weist explizit darauf hin, dass auch Initiativen willkommen sind, „die

nach dem Motto ‚Windkraft ja, aber ...‘ handeln“. Die Organisation veröffentlicht auf ihrer Webseite Kommentare, Artikel und Studien zu aktuellen Entscheidungen im Klima-, Umwelt- oder Naturschutz, vorrangig aber zu den Gesundheitsschäden und anderen negativen Auswirkungen der Windenergie. Auf der Webseite finden sich auch sachliche Gründe, die gegen die Windenergie sprechen. Es überwiegen aber Schlagzeilen wie „Mythos vom billigen Ökostrom“, „Energiewende als Gefahr für ganz Deutschland“, „Dunkelflaute rückt näher“ oder „Windkraft-Größenwahn“, die die radikale Ablehnung des Ausbaus der Windkraft verdeutlichen. Auch Fake News und das Lächerlichmachen von Wissenschaftler*innen finden sich dort; ebenso Narrative über die „Beisetzung“ der Demokratie oder den Beginn der „Meinungsdiktatur“. All das in Verbindung mit den Verweisen zu anderen Akteur*innen des rechten Spektrums wie die „Achse des Guten“ macht deutlich, dass Windwahn als rechtspopulistische Plattform bezeichnet werden kann.

Vernunftkraft

Vernunftkraft bezeichnet sich als „Bundesinitiative für vernünftige Energiepolitik“ und ist ein Dachverband für verschiedene Landes- und Regionalverbände, die sich gegen das EEG, die Windenergie und andere Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien engagieren. Die Haltung zum Klimawandel scheint ambivalent; klar ist für Vernunftkraft nur, dass das EEG nicht zum Klimaschutz beiträgt. Über den Dachverband haben sich einige Bürgerinitiativen gegründet, professionalisiert und vernetzt. So gibt es bereits 14 Landesverbände und Regionalbündnisse. Vernunftkraft geht davon aus, dass „aufgeklärte und deshalb zu Recht besorgte Bürger dieses Landes [...] hinsichtlich der Rationalität energiepolitischer Entscheidungen nicht hinnehmbare Defizite“ erkennen würden. Ziel ist es „Fakten statt Mythen“ zu verbreiten. Auffallend ist, dass Vernunftkraft sachlich argumentiert. Zwar finden sich Beiträge mit „krimineller Energie“ oder „Irrsinn“ im Titel, doch die Beiträge wollen offensichtlich sorgfältige Meinungsbildung und Wissenschaftlichkeit



„Natur- und Artenschutzargumente werden oft nur vorgeschoben, um auf die angebliche Einschränkung der Freiheit, die vermeintliche Gefahr einer Öko-Diktatur oder den drohenden Niedergang der Wirtschaft hinzuweisen.“

miteinander verbinden. Widerständige lokale Naturschutzbelange sollen durch eine professionalisierte Lobbyarbeit mit dem politischen (Regierungs-)System verknüpft werden, das breiter ist als nur der rechte Rand. Politisch unterstützt wird Vernunftkraft von der AfD, Teilen der CDU und Teilen der FDP wie auch aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie heraus (Greenpeace 2021; Der Spiegel 2021).

Deutsche Wildtier Stiftung

Die Deutsche Wildtier Stiftung ist eine gemeinnützige Stiftung, sie will „Menschen für die Schönheit und Einzigartigkeit heimischer Wildtiere faszinieren“. Sie setzt sich für den Naturschutz und die Naturbildung ein. Zwar wurde mit Fritz Vahrenholt 2010 ein Klimawandelleugner in die Stiftung berufen, wo er Alleinvorstand war. Wegen seiner klimapolitischen Aussagen trennte sich die Stiftung 2019 aber von ihm. Der Klimawandel spielt seither in der Stiftung, die weder populistische noch rechte Argumentationsmuster bedient, keine besondere Rolle mehr. Sie hat generell auch nichts gegen den Ausbau der Windenergie einzuwenden, wenn vor dem Bau von Windparks eine „sorgfältige Prüfung potenzieller Standorte und die umfassende Abwägung aller naturschutzfachlichen Belange“ erfolgt. Sie positioniert sich aber klar gegen Windenergieanlagen in Waldbeständen. Dabei stützt sich die Stiftung in ihrer Position auf Studien und Aussagen von Vogelschutzwartern. Andere Umwelt- und Naturschutzverbände sehen das anders. Im November 2019 hat sich beispielsweise der BUND in seiner Bundesdelegiertenversammlung für den Ausbau der Windenergienutzung im Wald ausgesprochen – jedoch unter Berücksichtigung strenger ökologischer Kriterien sowie dem Ausschluss von besonders schützenswerten Waldflächen. Die Deutsche Wildtier Stiftung bildet gewissermaßen den moderatsten Rand des windenergiekritischen Spektrums ab. Sie ist außerdem anschlussfähig an Natur- und Umweltschutzverbände, die ebenfalls gegen Windräder im Wald sind.

Aufwind für den Ausbau

Die Konflikte zwischen Befürworter*innen und Widersacher*innen der Windkraft werden sich in dem Maße verschärfen, wie die Energiewende wieder an Fahrt aufnimmt. Solange der Ausbau anhält, wird Windkraft auch ein Schauplatz für rechten Populismus bleiben. Das größere Problem dabei stellt der Trend zu „verdeckten“ Netzwerken von Anti-Windkraft-Lobbyist*innen dar, die – auch im (geheimen) Auftrag von Unternehmen – bundesweit klagen, Bls beraten und als Sachverständige auftreten. Dazu gehört auch das Nachahmen von Bürger*innen-, Naturschutz- oder Umweltbewegungen, die in Wirklichkeit von Unternehmen finanziert werden, das sogenannte Astroturfing. Die neuen Nischenakteur*innen führen einen „Kreuzzug“ nicht nur gegen die Windenergie, sondern gegen die Energiewende und die Klimapolitik insgesamt (Greenpeace 2021).

Natur- und Artenschutzargumente werden oft nur vorgeschoben, um auf die angebliche Einschränkung der Freiheit, die vermeintliche Gefahr einer Öko-Diktatur oder den drohenden Niedergang der Wirtschaft hinzuweisen. Beim Europäischen Institut für Klima & Energie e. V. (EIKE), das den menschengemachten Klimawandel leugnet; heißt es: „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“. Die „Maskierungen“ von Rechten als vermeintliche Naturschützer*innen (Hübner et al. 2019) dient auch dem Ziel, neue Sympathisant*innen für die eigenen Anliegen zu gewinnen. Es wäre aber vorschnell, rechtspopulistische Initiativen oder „die AfD als ‚natürliche Verbündete‘ oder politischen Arm der Anti-Windkraftinitiativen zu sehen“ (Eichenauer et al 2018: 634).

Windkraftgegner*innen sollten nicht pauschal als rechtspopulistisch und egoistisch oder als ignorante NIMBY-Menschen (Not In My Backyard, nicht in meinem Hinterhof) bezeichnet werden. Stattdessen ist es notwendig, ein besseres Verständnis für die Belange der Menschen vor Ort zu gewinnen und deren

Bedenken und Befürchtungen, aber auch ihre Interessen und Motivlagen besser zu verstehen und in den Ausbau der Windenergie einzubinden (Reusswig et al 2016). Bürger*innen haben oft das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden, obgleich Kritik und Protest gerechtfertigt sind. Gerade die frühzeitige politische Verfahrensbeteiligung sowie Kompensationen und die finanzielle Beteiligung von Bürger*innen können dementsprechend Wege eröffnen, um die lokale Akzeptanz für die Projekte der Energiewende zu erhöhen. Solche Maßnahmen können auch verhindern, dass rechtspopulistische Initiativen in Zukunft ihre kleinen Nischen verlassen und einflussreicher werden.

Literatur

Der Spiegel (2019): Grüner Blackout, Nr. 19 / 4.5.2019, S. 12–21.

Der Spiegel (2021): Die Anti-Windkraft-Bewegung. Online verfügbar unter www.spiegel.de/wirtschaft/windenergie-so-verhindert-die-anti-windkraft-bewegung-neue-anlagen-a-46d88419-3b1d-427d-b6c0-cf696fec283c.

Eichenauer, E./Reusswig, F./Meyer-Ohlendorf, L./Lass, W. (2018): Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: Kühne, O./Weber, F. (Hrsg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden: Springer, S. 633–651.

Greenpeace (2021): Die Gegner der Energiewende. Online verfügbar unter www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/gegner_der_windkraft.pdf (letzter Zugriff 17.05.2021).

Hoef, C./Messinger-Zimmer, S./Zilles, J. (Hrsg.) (2017): Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking. Bielefeld: transcript.

Hübner, G. et al. (2020): Akzeptanzfördernde Faktoren erneuerbarer Energien. Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (FKZ: 3516 83 0100). Online verfügbar unter www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/Skript551.pdf (letzter Zugriff: 17.05.2021).

Radtke, Jörg; Canzler, Weert; Schreurs, Miranda A.; Wurster, Stefan (2020): Energiewende in Zeiten des Populismus, Wiesbaden: Springer VS.

Reusswig, F. et al. (2016): Energiekonflikte. Akzeptanzkriterien und Gerechtigkeitsvorstellungen in der Energiewende. Kernergebnisse und Handlungsempfehlungen eines interdisziplinären Forschungsprojektes. Online verfügbar unter http://energiekonflikte.de/fileadmin/template/Daten/Ergebnisse/Arbeitspapiere/Reusswig_et_al_2016_vorlaufuge_Handlungsempfehlungen.pdf (letzter Zugriff: 17.05.2021).

Themann, D./Di Nucci, R./Krug, M. (2020): Gegenwind von Rechts? Windenergie im Spannungsfeld zwischen Klima-, Natur- und Heimatschutz, in: Jahrbuch Ökologie 2020/2021, Schwerpunkt: Ökologie und Heimat. Gutes Leben für alle oder die Rückkehr der braunen Naturschützer. Stuttgart: Hirzel, S. 113–126.

Achim Brunnengräber

Dr. phil. habil. Achim Brunnengräber ist Politikwissenschaftler am Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin.

4 | Die AfD und der Kampf um den Kohleausstieg. Perspektiven aus der Lausitz

„Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf hypothetischen Klima-Modellen [...] Kohlendioxid (CO₂) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens“ (AfD 2016, S. 79). Mit diesen Worten startet das Kapitel zur Energiepolitik des AfD-Grundsatzprogramms aus dem Jahr 2016. Die Anzweiflung der anthropogenen, also vom Menschen verursachten, Klimaerwärmung ist Kernbestandteil der Programmatik der AfD. Damit reiht sich die Partei in die Phalanx der rechtspopulistischen Parteien ein, die überwiegend ebenso klimaskeptisch ausgerichtet sind (Schaller und Carius 2019). Im Folgenden werde ich skizzieren, wie sich diese Programmatik und die daraus abgeleitete Ablehnung eines Kohleausstiegs in die Auseinandersetzungen in der Lausitz, dem zweitgrößten deutschen Braunkohlerevier, einfügt.

Aus der Anzweiflung des anthropogenen Klimawandels lässt sich die energiepolitische Programmatik der AfD erklären. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird abgelehnt. Insbesondere die Windenergie steht im Zentrum der Kritik der AfD. Allerdings bekennt sich die AfD zum Umweltschutz, lehnt jedoch die Klimapolitik ab und schwärmt von der guten alten Zeit vor dem Ausbau der erneuerbaren Energien: „Jede erfolgreiche Energiepolitik muss drei Ziele verfolgen. Die Stromerzeugung muss sicher, kostengünstig und umweltverträglich sein. Dieser Dreiklang war im deutschen Energieversorgungssystem immer gegeben, wurde aber mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) aufgegeben“ (AfD 2016, S. 80). Das EEG wurde im Jahr 2000 eingeführt und ist das wesentliche gesetzliche Instrument, um den Ausbau regenerativer Energien zu fördern.

Die Energiewende zielt auf die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ab, es geht also einerseits um den Ausbau der regenerativen Energieträger und andererseits um die Abwicklung des fossil-nuklearen Energieregimes. Vor diesem Hintergrund wurde der Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 in der vergangenen



Legislaturperiode beschlossen. Begründet wurde der Ausstiegsbeschluss primär über klimapolitische Motive. Möglich wurde er nur auf Druck der Klimagerechtigkeitsbewegung, also Akteuren wie Ende Gelände oder Fridays for Future, denen es gelungen ist, den Kohleausstieg auf die bundespolitische Agenda zu setzen. Zudem gibt es auch in der Lausitz Akteure, die sich für einen raschen Ausstieg aus der Braunkohle einsetzen (beispielsweise die Grüne Liga).

In Anbetracht ihrer klimaskeptischen Ausrichtung und der Idealisierung der Vergangenheit ist es nur konsequent, dass die AfD den Kohleausstieg ablehnt und dabei sämtliche mit dem Kohlebergbau verbundenen Probleme über die Treibhausgasemissionen hinaus ausblendet (Zerstörung/Umsiedlung von Dörfern, Absenkung des Grundwasserspiegels, Verschärfung von Trockenheit, Luftschadstoffemissionen etc.). Mit dieser Positionierung konnte die AfD etwa in der Lausitz durchaus punkten, denn ein relativ großer Teil der Bewohner*innen

der Lausitz ist gegen einen Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 (Rinscheid 2018). Die AfD konnte mit ihrem Pro-Kohle-Kurs an Diskurse und weltanschauliche Orientierungen anknüpfen, die nicht dezidiert rechts sind.

Die Lausitz und die Kohle

„Gott schuf die Lausitz, der Teufel hat die Kohle darunter geschoben.“ Dieses sorbische Sprichwort wird in der Lausitz häufig bemüht. Die **Sorb*innen und Wend*innen** sind eine slawische Minderheit, deren Siedlungsgebiet besonders vom Braunkohlebergbau betroffen ist. Die Lausitz erstreckt sich über den Südosten Brandenburgs und den Nordosten Sachsens, auch Teile des heutigen Polen gehören zur Lausitz. Während bereits im 18. Jahrhundert die ersten Braunkohlevorkommen in der Region gefunden wurden, wurde erst zu DDR-Zeiten der Kohlebergbau massiv ausgeweitet. Neue Tagebaue wurden erschlossen, Kraftwerke gebaut, die Zahl der Beschäftigten stieg massiv an, die Lausitz erlebte einen starken

i Die **Sorb*innen und Wend*innen** sind eine slawische Minderheit, die sich im 6. Jahrhundert in der Lausitz angesiedelt hat. Der Braunkohlebergbau fand in stark sorbisch geprägten Gegenden statt und hat zur Marginalisierung der sorbischen Kultur beigetragen. Allerdings gibt es nach wie vor stark sorbisch geprägte Gegenden in der Lausitz. In den sorbischen Instituten in Cottbus und Bautzen wird versucht, die sorbische Kultur und Identität weiterzuentwickeln.

Industrialisierungsschub und ein Wachstum der Bevölkerung. Die Kohleindustrie blieb die Leitbranche der Lausitz, zu Zeiten der Wende arbeiteten hier circa 80.000 Menschen. Während nach der Wende einige Industriezweige nahezu komplett abgewickelt wurden, etwa die Textil- oder die Möbelindustrie, erwies sich die Kohleindustrie als Stabilitätsanker. Gleichwohl sank die Zahl der direkt Beschäftigten innerhalb von zehn Jahren auf etwa 8.000 ab. Diese Arbeitsplätze sind jedoch über Tarifverträge gut abgesichert, das Lohnniveau liegt weit über dem Lausitzer Durchschnitt.

Neben der ökonomischen Bedeutung der Kohle für die Lausitz, ist das identitätspolitische Moment von großer Bedeutung. Im Rahmen des Wiener Kongresses von 1815 wurde die Lausitz unter den Herzogtümern Preußen und Sachsen aufgeteilt, sie ist eine periphere Region fernab der Zentren der politischen und ökonomischen Macht. Das damit einhergehende Gefühl der „Randständigkeit“ (Luh 2019) hat sich stark in das Bewusstsein der Lausitzer*innen eingeschrieben und wurde durch die Strukturbrüche der 1990er-Jahre verstärkt. Denn die massive Deindustrialisierung und der Wegzug der jungen, überwiegend gut ausgebildeten Menschen (in der Mehrzahl Frauen) ging einher mit dem Gefühl, die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht gestalten zu können. Der Vollzug der Wiedervereinigung wurde



„Die AfD hat sich konsequent gegen den Kohleausstieg gestellt, diesen als Ausdruck einer verfehlten Klimapolitik, als Gefahr für die deutsche Wirtschaft und die Kaufkraft der Menschen geframed.“

wesentlich durch die politischen und ökonomischen Eliten Westdeutschlands gesteuert (etwa über die Treuhandanstalt) – Formen der Beteiligung der lokalen Bevölkerung waren dabei nicht vorgesehen.

Insofern gibt es innerhalb der Lausitz ein geringes Selbstbewusstsein. Die Kohle und das damit zusammenhängende Narrativ der Energieregion verleiht dieser verunsicherten Region eine gewisse Stabilität, Orientierung und Identität. Über die Parteigrenzen hinweg wird häufig das Bild einer in sich homogenen Lausitz bemüht, die durch externe Einflüsse bedroht ist, etwa durch den klimapolitisch motivierten Kohleausstieg (Haas 2020).

Die AfD als Retterin der Lausitzer Kohle

Bereits im Jahr 2011 wurde von einigen Lausitzer Lokalpolitiker*innen der Verein „Pro Lausitzer Braunkohle“ gegründet, der diskursiv die Zukunft der Lausitz mit dem Fortbestand des Kohlebergbaus verknüpft und kohlekritische Positionen teilweise extrem hart kritisiert hat. So wurden etwa im Jahr 2016 die Ende Gelände-Aktivist*innen in einer Pressemitteilung als „Öko-Terroristen“ verunglimpft (Häfner et al. 2016, S. 238). Diese rhetorische Aufrüstung wurde auch, jedenfalls bis die Kohlekommission im Jahr 2018 eingesetzt wurde, zum Teil von Seiten der Landes- und Kommunalpolitik mitbetrieben, die sich insgesamt sehr stark für die Kohle eingesetzt und dabei immer wieder das Bild der äußeren Gefahr für die Lausitz bemüht hat. Insofern kam es zu einer starken Polarisierung in der Lausitz. Dialogräume, in denen das Für und Wider einer Fortsetzung des Kohletagebaus diskutiert werden konnte, haben sich in der Lausitz kaum entwickelt. Diese starke Polarisierung findet sich auch im Bewusstsein der Beschäftigten des Lausitzer Braunkohleunternehmens LEAG wieder. Bose et al. (2019, S. 109) fassen ihre Einschätzung der Sichtweise der LEAG-Beschäftigten folgendermaßen zusammen:

„Insgesamt vermitteln die Befragten den Eindruck, als befänden sie sich in einer Wagenburg, die gegen vielfältige Attacken von außen verteidigt werden müsse. Im Inneren der Wagenburg herrschten weitgehend Einverständnis und Solidarität. Außen grassierten Unverständnis, Inkompetenz und Ignoranz. Der schwere Dienst an der Gesellschaft, den die Braunkohlebeschäftigten tagtäglich leisten, finde keine gesellschaftliche Wertschätzung. Das Gegenteil sei der Fall. Für alles nützliche Tun müsse man zusätzlich mit gesellschaftlicher Missachtung zahlen. Dieses Missverhältnis ist für die von uns befragten Arbeiter*innen und Angestellten nur schwer zu ertragen.“

Diese starke Polarisierung hat bereits vor dem Erstarren der AfD eingesetzt, wurde jedoch von ihr dankbar aufgegriffen und verstärkt. Die AfD hat sich konsequent gegen den Kohleausstieg gestellt, diesen als Ausdruck einer verfehlten Klimapolitik, als Gefahr für die deutsche Wirtschaft und die Kaufkraft der Menschen geframed. Damit knüpft die AfD an Zukunftsängste an (Sturm 2020) und malt das Bild einer Öko-Diktatur aus, die sie der realen Gefahr einer weiteren Eskalation der Ökologie- und Klimakrise gegenüberstellt (Neupert-Doppler 2021). Es wird sich zeigen, wie lange die AfD weiter den anthropogenen Klimawandel anzweifeln wird. Denn dessen Auswirkungen werden auch hierzulande immer deutlicher und beeinträchtigen Ökosysteme wie den deutschen Wald, der der AfD durchaus am Herzen liegt. Im AfD-Grundsatzprogramm ist schließlich die folgende Zielvorstellung verankert: „Wir stehen dafür, dass wir gegenüber nachfolgenden Generationen eine Verantwortung haben. Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen“ (AfD 2016, S. 85). Allerdings gibt es momentan keine Anzeichen dafür, dass die AfD aufhören wird, den anthropogenen Klimawandel anzuzweifeln und damit auch die Voraussetzung für eine andere energiepolitische Ausrichtung schafft.

Literatur

AfD (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Online verfügbar unter https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf

Bose, Sophie et al. (2019): Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz. Berlin: S. 89–112.

Haas, Tobias (2020): Die Lausitz im Strukturwandel. Der Kohleausstieg im Spannungsfeld zwischen autoritärem Populismus und progressiver Erneuerung. In: prokla 50 (198): S. 151–169.

Häfner, Daniel et al. (2016): Pro Lausitzer Braunkohle vs. Ende Gelände. Eine erneute Annäherung an gesteuerte Bürgerinitiativen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 29(3): S. 237–241.

Luh, Victoria (2019): Randständigkeit. Der Lausitzer Kohleausstieg im Kontext gesellschaftlicher Entkopplungserfahrungen nach 1989. Eine Ethnographie im Landkreis Spree-Neiße. MA-Arbeit, HU Berlin.

Neupert-Doppler, Alexander (2021): Green Deal als »Ende der freien Gesellschaft«? Zur dystopischen Gegenmobilisierung der AfD. In: prokla 51(202): S. 115–130.

Rinscheid, Adrian (2018): Soziale Akzeptanz eines Kohleausstiegs in Deutschland und in den Kohlerevieren: Ergebnisse einer Umfrage und Conjoint-Analyse. Online verfügbar unter https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2018-05-07_energie_kohle_studie_-_soziale_akzeptanz.pdf

Schaller, Stella/Carius, Alexander (2019): Convenient Truths. Mapping climate change agendas of right-wing populist parties in Europe. Online verfügbar unter <https://www.adelphi.de/de/system/files/mediathek/bilder/Convenient%20Truths%20-%20Mapping%20climate%20agendas%20of%20right-wing%20populist%20parties%20in%20Europe%20-%20adelphi.pdf>

Sturm, Georg (2020): Populismus und Klimaschutz. Der AfD-Klimadiskurs. In: Soziologiemagazin 13(2): S. 69–92.

Tobias Haas

Dr. Tobias Haas ist Politikwissenschaftler und beschäftigt sich am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam mit dem Strukturwandel in der Lausitz.

5 | Klimawandelleugner*innen in Deutschland: Zwischen Verschwörungsideologien und Wohlstandsegoismus

Dank sozialer Bewegungen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion ist Klimapolitik in den vergangenen Jahren oben auf der politischen Agenda angekommen. In diesem Artikel beschäftigen wir uns mit der Gegnerschaft, den Klimawandelleugner*innen und denen, die wir hier als Klimapolitik-Bremser*innen bezeichnen. Der Begriff Klimawandelleugner*innen bezeichnet Menschen, die den wissenschaftlichen Konsens des fortschreitenden Klimawandels bestreiten. Neben dem Klimawandel selbst werden aber auch die Ursachen (menschengemacht), der Trend (steigende Erwärmung) oder die negativen Folgen (extreme Hitzewellen, Dürren, steigende Meeresspiegel) für die Erde geleugnet.

Auch wenn diesen Ansichten in den Klimawissenschaften keinerlei Bedeutung zukommt und Klimawandelleugner*innen auch politisch marginalisiert sind, ist der Zweifel an die durch Menschen verursachte globale Erwärmung in Deutschland verbreiteter, als man vielleicht annimmt. Laut dem Forschungsprojekt European Perceptions of Climate Change waren 16 Prozent der Menschen in Deutschland im Jahr 2017 nicht von einem menschengemachten Klimawandel überzeugt.

Allerdings gibt es noch eine zweite Kategorie von Akteur*innen, der in der Obstruktion von verstärkten Klimaschutzmaßnahmen eine weitaus wichtigere Rolle zukommt. Diese bezeichnen wir als Klimapolitik-Bremser*innen. Im Unterschied zu den Leugner*innen gehen die Bremser*innen grundsätzlich von einem menschengemachten Klimawandel aus. Ein aktiver Einsatz für eine progressive Klimapolitik folgt daraus allerdings nicht. Vielmehr werden die Gefahren des Klimawandels heruntergespielt oder zukünftige technologische Lösungen als vermeintliche Alternativen zu ambitionierten und einschneidenden Maßnahmen beschworen. Solche Argumente dienen auch als Begründung, um Klimaschutzmaßnahmen erst in der Zukunft zu ergreifen oder an die Eigenverantwortlichkeit von Unternehmen und Individuen zu appellieren. Insbesondere



eine gesetzliche Regulierung und strukturpolitische Eingriffe zur nachhaltigen Transformation von Branchen und Sektoren sollen damit verhindert werden, so zum Beispiel auch die Energiewende.

Anhand der beiden zentralen Organisationen der Leugner*innen – dem Thinktank Europäisches Institut für Klima & Energie (EIKE) – und der Bremser*innen – der Kampagnenorganisation der Metallarbeitgeber Initiative für eine Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) – sollen die beiden Fraktionen, ihre Wirkungsweisen und Vernetzungen im Folgenden näher beleuchtet werden.

EIKE – Klimawandelleugner*innen in Deutschland

Der Verein EIKE, der 2007 gegründet wurde, ist die wohl prominenteste Gruppierung der Klimawandelleugner*innen in Deutschland. Dabei ist der Begriff „Institut“ irreführend, bezeichnet dieser doch in der Regel Einrichtungen der Lehre

*„Neben dem Attackieren alternativer Energien und Klimaschutzmaßnahmen setzt EIKE auch auf die Diffamierung namhafter Klimaforscher*innen, Politiker*innen und Institutionen, die sich für einen stärkeren Klimaschutz einsetzen.“*

und Forschung. Beides betreibt der Verein – der lediglich eine Postadresse in Jena besitzt – nicht. Vielmehr handelt es sich um ein Sammelbecken von Klimaleugner*innen, die aktiv gegen Klimaschutzmaßnahmen, Klimatolog*innen und Politiker*innen vorgehen und teils populistische, teils verschwörungstheoretische Ansichten vertreten.

Die populistische Ausrichtung zeigt sich bereits in der Selbstbeschreibung EIKes auf der Vereins-Webseite. Dort wird der wissenschaftlich anerkannte, menschengemachte Klimawandel nicht nur als „Schwindel gegenüber der Bevölkerung“ (EIKE 2021a), sondern auch als „Vorwand“ (ebd.) zur höheren staatlichen Besteuerung und Bevormundung deklariert. Folglich sei auch nicht das Klima, sondern die Freiheit in Gefahr, wie der frühere Slogan der Vereins-Webseite behauptete. Hier verschmelzen populistische Denkmuster mit wirtschaftsliberalen Ansichten. Der für populistische Argumentationen charakteristische Dualismus zwischen guter Bevölkerung und böser, manipulierender Elite wird hier ebenso bedient wie eine wirtschaftsfreundliche Haltung; insbesondere wenn Klimapolitik als Feigenblatt für eine höhere Besteuerung der Wirtschaft präsentiert wird. Verschwörungstheoretisch wird es, wenn in den Blogposts von lügenden und zerstörerischen „Wirtschafts'-Eliten“ gesprochen wird (EIKE 2013). Auch hier finden sich Bezüge zu neoliberalen Ideen, wenn Klimapolitik- und Inflationsängste mit Titeln wie „Die Klima-Agenda ist nichts weiter als eine Maschine zum Geld drucken für die Eliten“ (EIKE 2021b) geschürt werden.

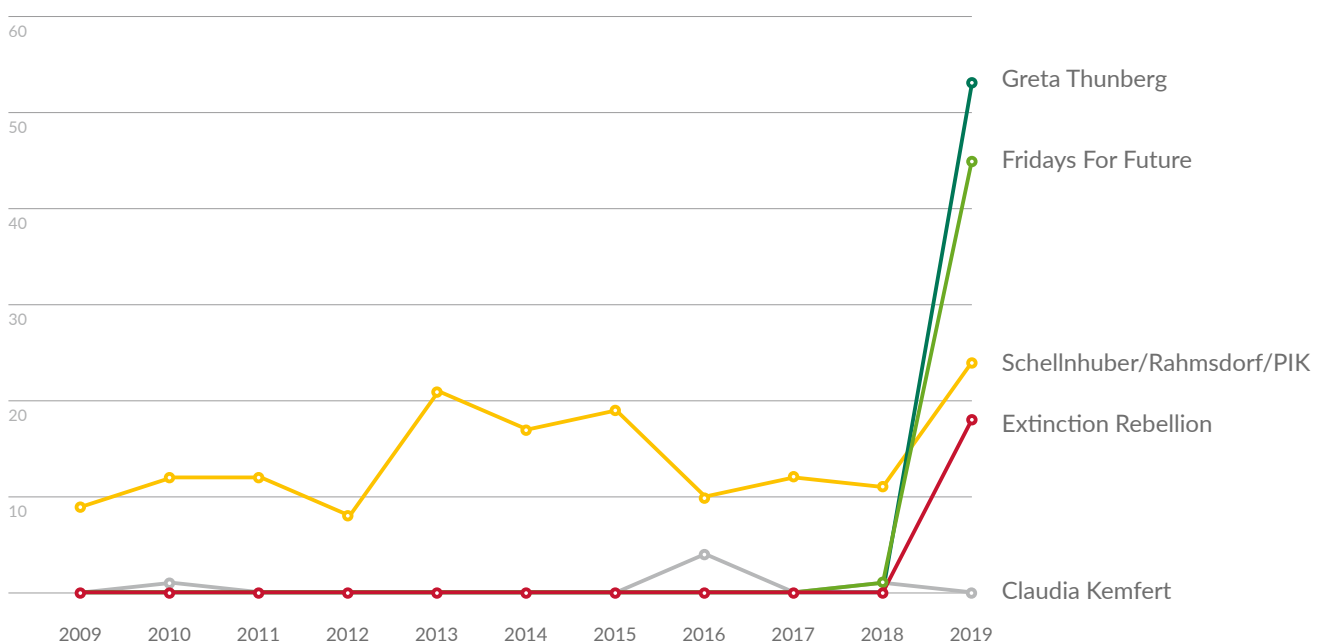
Neben dem Attackieren alternativer Energien und Klimaschutzmaßnahmen, setzt EIKE auch auf die Diffamierung namhafter Klimaforscher*innen, Politiker*innen und Institutionen, die sich für einen stärkeren Klimaschutz einsetzen. Insbesondere über Greta Thunberg sowie Fridays for Future und Extinction Rebellion wird seit 2019 negativ und mit teils beleidigenden Aussagen berichtet, wie die Grafik auf Seite 25 zeigt.

Allerdings ist EIKE nicht mehr der*die einzige Akteur*in, der*die eine gezielte Klimawandelleugnung betreibt. Auch die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) leugnet den menschengemachten Klimawandel offiziell in ihrem Wahlprogramm. Die AfD versucht so, insbesondere in Braunkohlerevieren wie der Lausitz auf Wählerfang zu gehen. Dabei greift die AfD gerne auf die Leugner-Expertise von EIKE zurück und lud EIKes Pressesprecher – Horst-Joachim Lüdecke – 2019 als Sachverständigen in den Umweltausschuss des Bundestages. Darüber hinaus ist EIKes Vizepräsident Michael Limburg Vorsitzender des AfD-Landesfachausschusses für Energie, Klima, Technik und Digitalisierung in Brandenburg und Mitarbeiter des umweltpolitischen Sprechers der AfD, Karsten Hils. Letzterer bezeichnete den Klimawandel auch als „ein aus kranken Gehirnen ausgeschwitztes Weltuntergangs-Szenario“ (saechsische.de).

Organisationen wie EIKE sind darüber hinaus international sehr gut vernetzt. Die jährlichen Konferenzen des Vereins werden vom amerikanischen Heartland Institute mitfinanziert, welches über viele Jahre hinweg durch Öl-Firmen wie Exxon Mobile gefördert wurde und ebenfalls gegen klimapolitische Maßnahmen ins Feld geht. EIKes Präsident Holger Thuss ist zudem Beiratsmitglied der Leugnerorganisation Committee for a Constructive Tomorrow (Cfact) mit Sitz in Washington, DC. Limburg ist Beiratsmitglied der Internationalen Climate Science Coalition, einem weiteren internationalen Zusammenschluss von Klimawandelleugner*innen.

Ob namhafte Unternehmen aus Deutschland Gruppierungen wie EIKE unterstützen, ist nicht bekannt. Dies liegt auch daran, dass Vereine in Deutschland schlicht nicht offenlegen müssen, von wem sie Spenden erhalten. Generell scheinen deutsche Unternehmen auch auf eine andere Strategie gegen unliebsame Klimaschutzmaßnahmen zu setzen: das Verzögern und Bremsen wirksamer politischer Klimaschutzmaßnahmen.

Negative Berichterstattung über Klimatolog*innen und Klimaschutzbewegungen



Eigene Berechnung und Darstellung. Als Datengrundlage dienen Titel, Teaser und Schlagworte der Blogartikel auf der EIKE Webseite zwischen 2009 bis Ende 2019. Die Blogartikel wurden nach Stichworten (z. B. Greta Thunberg, Joachim Schellnhuber) durchsucht und anschließend mit Bezug auf die Darstellung der Personen und Organisationen bewertet.

Bremser*innen der Klimapolitik

Hinter dem Bestreben, einen stärkeren Klimaschutz auszu-bremsen, stehen maßgeblich Profitinteressen. Die fossile Industrie betreibt ein lukratives Geschäft mit der Erzeugung und dem Verkauf endlicher und klimaschädlicher Ressourcen. Laut Umweltbundesamt (UBA) speisen sich 83 Prozent der Energiegewinnung in Deutschland aus nicht erneuerbaren Energien (2021). Unser alltägliches Leben, Mobilität, die

Lebensmittelproduktion oder der Bau und das Heizen von Gebäuden sind in großem Maße von Öl, Gas und Kohle abhängig.

Noch immer, so kritisiert das UBA, gibt es in Deutschland zu viele umweltschädliche Subventionen. Gleichzeitig wird die (bisher sehr geringe) Wirksamkeit des europäischen Emissionshandels kontrovers diskutiert und Klimawissenschaftler*innen des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung



(PIK) schätzen die erst 2019 eingeführte CO₂-Steuer als viel zu niedrig ein. Wie kann es also angesichts der Klimakrise sein, dass klimaschädliche Industrien in Deutschland noch immer in großem Umfang gefördert werden und der Ausbau erneuerbarer Energien nur schrittweise vollzogen wird?

In den Anfängen der Klimaschutzpolitik zeigte sich Deutschland noch als Vorreiter in internationalen Verhandlungen und führte bereits 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein. Anfängliche, schnelle Fortschritte in der Energiewende wurden jedoch zunehmend durch ein Zusammenspiel von Lobbyorganisationen, Politiker*innen und Unternehmen verzögert und verhindert.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

In ihrem Buch „Die Klimaschmutzlobby“ schreiben Susanne Götze und Annika Joeres der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) eine zentrale Rolle als Bremserin zu. 1999 durch die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie unter anderem Namen gegründet, führt die Lobbyorganisation im Namen der Sozialen Marktwirtschaft verschiedene neoliberale Kampagnen durch, beispielsweise den Versuch die Einführung von Mindestlöhnen zu verhindern oder das private Rentenmodell zu stärken.

Mit umsatzstarken Mitgliedern wie VW, BMW, Daimler und Siemens im Rücken finanzieren die Arbeitgeberverbände die INSM in Millionenhöhe, die wiederum bereits seit 2011 Stellung gegen die Energiewende und die Förderung von Ökostrom bezieht. In der Debatte um das Klimapaket der Bundesregierung veröffentlichte die Organisation 2019 eine Broschüre mit dem Titel „12 Fakten zur Klimapolitik“. Trotz der Kritik an der Veröffentlichung übernahmen viele Medien die teilweise falschen und irreführenden Behauptungen. Die als Fakten präsentierten Positionen stellen die gängigen Argumente der Klimaschutzbremser*innen dar: (1) Klimaschutz soll exklusiv

„Dass aufgrund der verschleppten Energiewende viele Arbeitsplätze in den Erneuerbaren Energien vernichtet wurden, bleibt ebenso unerwähnt wie die Bedrohung von Arbeitsplätzen durch die Verschleppung des nötigen Strukturwandels.“

mit Hilfe von Marktinstrumenten wie dem Emissionshandel umgesetzt werden; (2) Deutschlands geringe globale Bedeutung als Emittent wird hervorgehoben; (3) Klimaschutz könne nur global funktionieren, nationale Maßnahmen seien nutzlos; (4) Technikoptimismus und Innovationen werden als Lösungen für die Klimakrise präsentiert und (5) zur Sicherung von Arbeitsplätzen solle nichts überstürzt werden.

Dabei wird ignoriert, dass bei der Pariser Klimakonferenz explizite Pflichten der einzelnen Länder vereinbart wurden und damit Bemühungen auf nationaler Ebene keineswegs wirkungslos sind, weil alle Länder gleichermaßen an die vereinbarten klimapolitischen Ziele gebunden sind. Zudem reiche laut Wissenschaftler*innen der Handel mit Verschmutzungsrechten allein keineswegs, um das Klima zu schützen. Dem Emissionshandel komme als einem Instrument unter anderen eine Bedeutung zu. Dass aufgrund der verschleppten Energiewende viele Arbeitsplätze in den Erneuerbaren Energien vernichtet wurden, bleibt ebenso unerwähnt wie die Bedrohung von Arbeitsplätzen durch die Verschleppung des nötigen Strukturwandels.

Mit großen Plakaten in Bahnhöfen und Anzeigenschaltungen in Medien, wie während des Bundestagswahlkampfes im Juni 2021 gegen die Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, versucht die INSM, ihre Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen. Auch gute Kontakte in die Politik sind dabei hilfreich. So spricht sich Thomas Bareiß, seit 2018 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und Abgeordneter der CDU, in einem Video für die Klimapolitik der Organisation aus (INSM 2019). Wie teilweise die Grenzen zu Klimawandelleugnung verschwimmen, zeigt sich daran, dass Bareiß dem „Berliner Kreis“ angehörte, einer parteiinternen Gruppe der CDU, die dem wissenschaftlichen Konsens des menschengemachten Klimawandels skeptisch gegenübersteht. So behauptet die Gruppe auf ihrer Webseite: „Die genauen klimatischen Treiber sind noch nicht vollständig

erforscht und verstanden.“ (Berliner Kreis 2021) Bei der INSM werden aber auch Posten von ehemaligen Politiker*innen besetzt, wie zum Beispiel von dem unlängst verstorbenen ehemaligen SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement oder dem von den Grünen zur CDU gewechselten Oswald Metzger.

Enge Verbindungen bestehen auch zu den Medien. So unterhält die INSM beispielsweise eine Partnerschaft mit der konservativen Tageszeitung Die Welt. Gemeinsam mit Focus Money wird das Schulprojekt „Wir erklären die Wirtschaft“ betrieben. Die Alleingeschafterin der INSM, das von Arbeitgeberverbänden finanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW), stellt Unterrichtsmaterial zur Verfügung, in dem vor zu drastischen Klimaschutzmaßnahmen gewarnt und die einseitige Perspektive der Arbeitgeber*innen dazu wiedergegeben wird.

Im Gegensatz zu den USA, in denen die fossile Industrie direkt oder über indirekt finanzierte Kampagnen versucht, öffentlichkeitswirksam die Existenz des Klimawandels anzuzweifeln, konzentrieren sich Teile der deutschen Industrie eher darauf, Klimaschutzmaßnahmen zu verzögern und abzuschwächen. Die Grenze ist jedoch keineswegs scharf gezogen: Selbst einige Politiker*innen etablierter Parteien bezeichnen sich als klimaskeptisch (vgl. Schäffler 2014; Vahrenholt 2012; Berliner Kreis 2021) und Klimawandelleugner*innen sorgen sich im Kontext aktueller Klimapolitik um die deutsche Industrie und stellen den Beitrag von Kohlendioxid zum Klimawandel infrage. Auch wenn sie sich in ihrer grundsätzlichen Einschätzung des Klimawandels unterscheiden, verfolgen Leugner*innen und Bremsler*innen beide das gemeinsame Ziel, eine wirksame Klimaschutzpolitik zu verhindern.

Literatur

Berliner Kreis der CDU (2021): Klima und Energie. Online verfügbar unter <http://berliner-kreis.info/klima-und-energiepolitik>

European Perceptions of Climate Change (2017): Online verfügbar unter <https://orca.cf.ac.uk/98660/7/EPCC.pdf> (letzter Zugriff 12.06.2021).

EIKE (2013): Climategate-Leck: Unsere Zivilisation wird durch lügende „Wissenschafts“-Eliten zerstört. Online verfügbar unter <http://web.archive.org/web/20200930045916/https://www.eike-klima-energie.eu/2013/04/04/climategate-leck-unsere-zivilisation-wird-durch-luegende-wissenschafts-eliten-zerstoert/> (letzter Zugriff 21.06.2021).

EIKE (2021a): Über Uns. Online verfügbar unter <https://web.archive.org/web/20210512060202/https://www.eike-klima-energie.eu/ueber-uns/> (letzter Zugriff 21.06.2021).

EIKE (2021b): Die Klima-Agenda ist nichts weiter als eine Maschine zum Geld drucken für die Eliten. Online verfügbar unter <https://eike-klima-energie.eu/2021/03/17/die-klima-agenda-ist-nichts-weiter-als-eine-maschine-zum-geld-drucken-fuer-die-eliten/> (letzter Zugriff 21.06.2021).

Götze, Susanne/Joeres, Annika (2020): Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen. München: Piper Verlag.

INSM (2019): Wie finden wir den richtigen Preis für CO₂? Online verfügbar unter <https://www.facebook.com/Marktwirtschaft/posts/10156565972170975> (letzter Zugriff 07.09.2021).

Saechsische.de (2019): AfD-Wahlkundgebung mit Gauland. Online verfügbar unter <https://www.saechsische.de/afd-wahlkundgebung-mit-gauland-5107152.html> (letzter Zugriff 12.06.2021).

Schäffler, Frank (2014): „Mein Licht brennt, bis es wieder hell wird“. Online unter <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-zum-klimawandel-mein-licht-brennt-bis-es-wieder-hell-wird/9778084-all.html?ticket=ST-1789716-qb014IDddjBWLcSfqZMb-ap1>

UBA (2021): Primärenergieverbrauch. Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/primaeren-ergieverbrauch#primarenergieverbrauch-nach-energietragern> (letzter Zugriff 12.06.2021).

Vahrenholt, Fritz/Lüning, Sebastian (2012): Die kalte Sonne: Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Moritz Neujeffski und Max Goldenbaum

Moritz Neujeffski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin. Neben der Beschäftigung mit Klimawandelleugner*innen sowie deren Organisationen und Netzwerken, promoviert er über den Wandel der Europäischen Kohäsionspolitik. Zuvor hat er bei der Open Knowledge Foundation e.V. in der Datenschule gearbeitet.

Max Goldenbaum studiert Politikwissenschaften im Master an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine Schwerpunkte bilden dabei Klimapolitik, soziale Bewegungen und Internationale Politische Ökonomie. Er ist als studentischer Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin angestellt.

6 | Von Umweltrassismus zu Klimagerechtigkeit? Koloniale Kontinuitäten in der Klimakrise

Während in Venedig die milliarden schwere Hochwasser- schutzanlage Mose installiert wird, die zumindest kurzfristig den lukrativen Massentourismus absichert, verfügen Länder des globalen Südens wie Bangladesch kaum über materielle Ressourcen für die grundlegendsten Schutzmaßnahmen. Allein 2020 waren hier mehr als drei Millionen Menschen von schweren Überschwemmungen betroffen, in deren Folge weit mehr Menschen ihre Existenzgrundlagen verloren haben.

Obwohl der Klimawandel ein globales Problem darstellt, zeigt sich auf politischer Ebene ein sehr einseitiger Fokus auf die weitaus geringeren Auswirkungen im globalen Norden. Die Länder des globalen Südens hingegen werden mit den weitaus schlimmeren gesellschaftlichen und ökologischen Folgeschäden nahezu allein gelassen. Um die den Klimawandel begleitenden Ungerechtigkeiten zu verstehen, muss der historische Zusammenhang von Kolonialismus und Kapitalismus als Ursprung der Klimakrise betrachtet werden.

Koloniale Kontinuitäten

Die sogenannte „Entdeckung“ der Amerikas 1492 markiert den Beginn des Kolonialismus und den Startpunkt der Etablierung neuartiger globaler Handels- und Machtbeziehungen, die bis in die Gegenwart hineinwirken. In diesem langen Prozess erfolgte die Aneignung von Mensch und Natur im Geist der Aufklärung, wobei die Idee von Fortschritt und Entwicklung mit rassistischen Annahmen verbunden wurde und fortan als Legitimationsgrundlage für diese Ausbeutungsverhältnisse diente (vgl. Bendix 2015, S. 273). Während der kolonisierende globale Norden sich „entwickelte“ und so enormen Reichtum und Wohlstand erlangte, musste der kolonisierte globale Süden dafür in Form von Genoziden und massiven Eingriffen in seine Ökosysteme zahlen.

Der heutige Naturbegriff beruht auf einem naturwissenschaftlichen Verständnis, das die Zweckmäßigkeit für den Menschen

ins Zentrum stellt. Der rassistischen Logik folgend, wird Natur dabei als das „Andere“ konstruiert, das keinen Eigenwert besitzt, sondern lediglich eine ausbeutbare Ressource darstellt (vgl. Duile 2014, S. 97).

Auch der Begriff Umweltschutz folgt der Logik des **Othering** der Natur. Durch die Konstituierung einer den Menschen umgebenen Umwelt wird eine Trennung vom Menschen konstruiert und schafft so erst die Notwendigkeit eines spezifischen Umweltschutzes. In nicht westlichen Kosmologien hingegen wird eine solche dualistische Mensch-Natur-Konzeption nicht vorgenommen, sondern vielmehr die Einheit beider betont (ebd. S. 100).

Auch scheinbar unbelastete Begriffe, wie zum Beispiel der des Naturschutzes, haben eine kolonialrassistische Konnotation. Als 1872 in den USA der erste Nationalpark entstand, erfolgte dies unter der gewaltvollen Vertreibung der dort lebenden Shoshonen, die selbst erst die vermeintlich „natürliche“ Formung der Landschaft hervorbrachten, die dann von



Othering beschreibt den Prozess, in dem Menschen als „Andere“ konstruiert und von einem „wir“ unterschieden werden. Diese Differenzierung geht mit einer problematischen Distanzierung einher, die „das Andere“ als „das Fremde“ aburteilt. Prozesse des Othering können sich auf die soziale Stellung eines Menschen in der Gesellschaft wie etwa Klassenzugehörigkeit, Glaubensvorstellungen, race/Ethnizität, Geschlechter und so weiter beziehen. Neben einer Essentialisierung umfasst Othering eine Selbstaffirmation: Über die Zuschreibung von Minderwertigkeit an andere wird für sich selbst Überlegenheit in Anspruch genommen.



den Kolonisatoren als schützenswert angesehen wurde. Im sogenannten Deutsch-Ostafrika, welches die heutigen Länder Tansania, Burundi, Ruanda sowie ein kleines Gebiet im heutigen Mosambik umfasst, wurde erstmals ein Gesetz für den Naturschutz eingeführt. Die Wildtier-Verordnung von 1896 hielt der damalige Gouverneur und passionierte Jäger Hermann von Wissmann für notwendig, um auch zukünftigen deutschen Generationen im „Schutzgebiet“ die Jagd zu ermöglichen. Bis heute wird er in Deutschland für seine vermeintlichen Verdienste mit Straßennamen geehrt (vgl. Clausing 2015, S. 456).

Von Umweltrassismus ...

Der Begriff der Klimagerechtigkeit hat seine Wurzeln in der späten US-amerikanischen Bürger*innenrechtsbewegung. Als 1982 in einem überwiegend von Schwarzen bewohnten Viertel in Warren County in North Carolina giftige Abfallprodukte gelagert werden sollten, löste dies massive Gegenwehr der

örtlichen Gemeinschaften aus. Dieser Protest, der mehrheitlich von Schwarzen, Indigenen und People of Color (BIPOC) ausging, markiert den Beginn der Umweltgerechtigkeitsbewegung, der erstmals Fragen sozialer Gerechtigkeit im Zusammenhang umweltpolitischer Aspekte problematisierte. Mit der Studie „Toxic Wastes and Race“ von 1987 konnte erstmals die rassistische Verteilung der Lagerung giftiger Abfälle in den USA nachgewiesen werden. In der Folge entwickelte sich die Bezeichnung Umweltrassismus um eine Form des strukturellen Rassismus zu fassen, durch die BIPOC überproportional von Umweltverschmutzungen und -belastungen betroffen sind, und das unabhängig davon, ob sie im globalen Norden oder Süden leben (vgl. Bullard 2004, S. 2). Dabei führt gerade der enge Zusammenhang rassistischer und klassistischer Strukturen zur höheren Verwundbarkeit von BIPOC. Erst 2020 hat ein Londoner Gericht den Asthmatod der neunjährigen Schwarzen Ella Kissi-Debrah auf die hohe Luftverschmutzung in ihrer Wohngegend zurückgeführt, in der mehrheitlich BIPOC lebten (vgl. Cockburn 2020). Auch in deutschen Großstädten wie Berlin zeigt sich ähnliches, da hohe Feinstaubbelastungen gerade in migrantisch geprägten Bezirken wie Neukölln vorzufinden sind.

... zu Klimagerechtigkeit

Während die Länder des globalen Nordens mehr als zwei Drittel der historischen Emissionen zu verantworten haben, sind die Länder des globalen Südens zwei bis drei Mal verletzlicher gegenüber den schädlichen Klimawandelfolgen. Dieses starke Auseinandertreten von Verursachung und Wirkung stellt den Ausgangspunkt der Forderung nach Klimagerechtigkeit dar.

Aus dem Kampf gegen Umweltrassismus heraus entwickelte sich auf internationaler Ebene die Forderung nach Klimagerechtigkeit. In den Klimaverhandlungen der letzten zwei Jahrzehnte hat sich ein umweltpolitischer Fokus durchgesetzt. Mit der Fokussierung marktbasierter Instrumente wie dem Emissionshandelsrecht traten soziale Zusammenhänge

„Zwar sind Forderungen nach Klimagerechtigkeit auch im deutschen Diskurs vorhanden, jedoch verbirgt sich dahinter oftmals ein umweltpolitischer Fokus, der sich auf die Einhaltung der (inter-)nationalen Klimaverträge konzentriert.“

und Verantwortlichkeiten zunehmend in den Hintergrund. In Opposition dazu haben Akteur*innen aus entwicklungspolitischen Zusammenhängen sowie des globalen Südens in den Bali Principles for Climate Justice von 2002 hingegen das Verursacherprinzip betont, Fragen sozialer Gerechtigkeit im Nord-Süd-Verhältnis zentriert und die stärkere Miteinbeziehung der betroffenen Staaten gefordert (vgl. Gülay/Mar Castro Varela 2012, S. 11).

Wessen Anthropozän?

Obwohl mittlerweile ein weitestgehender Konsens über die Bedrohungslage durch den Klimawandel besteht, werden die dem zugrunde liegenden systemischen Probleme (neo-)kolonialer Ausbeutungsverhältnisse weiterhin ignoriert.

In der öffentlichen Debatte wird der Klimawandel oftmals unter dem Begriff des Anthropozän diskutiert. Danach bestehe eine neue geochronologische Epoche, in welcher der Mensch zum bestimmenden negativen Einflussfaktor für das globale Ökosystem geworden sei und deren Beginn die europäische Industrialisierung markiere. In dieser Erzählung spiegeln sich die gegenwärtigen globalen Machtverhältnisse wider, da ein „menschengemachter“ Klimawandel die gleichwertige Beteiligung aller suggeriert und so die eingeschriebenen Ungleichheiten und Gewaltverhältnisse verschleiert. Denn der Kolonialismus des ausgehenden 16. Jahrhunderts stellt den Startpunkt einer europäischen Eroberungsstrategie dar, die zu beispiellosen Landschaftstransformationen geführt hat, etwa durch den monokulturellen Anbau von Zucker, Baumwolle und Tabak auf großangelegten Plantagen oder den Abbau natürlicher Ressourcen wie Gold. Beides zerstört/e die lokalen Ökosysteme. Zwar stieg der Ausstoß von Emissionen mit der Industrialisierung stark an, jedoch war dieser „Fortschritt“ erst durch die koloniale Ausbeutung des globalen Südens möglich, was in gängigen Problemanalysen nicht berücksichtigt wird (vgl. Moore 2015, S. 176).

Der Begriff des Anthropozän wurde vom Naturwissenschaftler Paul Crutzen geprägt und verweist abermals auf die vorherrschende instrumentelle Betrachtungsweise des Klimawandels, in welcher der historisch-gesellschaftliche Kontext zugunsten technischer Sichtweisen ausgeblendet wird. Einen vermeintlichen Ausweg aus der Klimakrise sehen diese Forscher*innen im Geoengineering. Darunter werden geo- und biochemische Eingriffe in die Kreisläufe der Erde durch groß angelegte technische Verfahren beschrieben, die der Erderwärmung entgegenwirken sollen. Solche Methoden beruhen auf der weiterhin vorhandenen Vorstellung, natürliche Verhältnisse durch den erhöhten Technikeinsatz beherrschen beziehungsweise kontrollieren zu können, statt endlich die notwendigen gesellschaftlichen Transformationen einzuleiten, die gerade im globalen Norden Veränderungen der Lebensweisen bedeuten würden.

Klimagerechte Perspektive für Deutschland?

Zwar sind Forderungen nach Klimagerechtigkeit auch im deutschen Diskurs vorhanden, jedoch verbirgt sich dahinter oftmals ein umweltpolitischer Fokus, der sich auf die Einhaltung der (inter-)nationalen Klimaverträge konzentriert. Fragen sozialer Gerechtigkeit werden dabei kaum behandelt und wenn, dann vor allem als Frage der Generationengerechtigkeit innerhalb des globalen Nordens.

Die Politikwissenschaftlerin Françoise Vergès fasst die Klimakrise hingegen als racial capitalocene. Dabei wird das Anthropozän um die koloniale Dimension erweitert und der enge Zusammenhang zu kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen betont, dessen Auswirkungen bis in die postkoloniale Gegenwart reichen (vgl. Vergès 2017, S. 78).

Eine Klimagerechtigkeitsperspektive muss hieran anknüpfen und das westliche Naturverständnis dekonstruieren sowie die darin verstrickten Gewaltverhältnisse angehen. Die Klimakrise ist in erster Linie eine soziale Krise, von der bereits heute

Menschen im globalen Süden massiv betroffen sind. Die Klimafrage kann nicht losgelöst von diesen Ungerechtigkeiten betrachtet werden, sondern muss den Ausgangspunkt einer klimagerechten Perspektive darstellen. Dabei braucht es insbesondere die Solidarisierung der Klimabewegung mit antirassistischen Kämpfen und die Verknüpfung und Sichtbarmachung verschiedener Unterdrückungsformen, die alle mit der Klimakrise zusammenhängen.

Literatur

Bendix, Daniel (2015): Entwicklung, in: Arndt, Susan/Ofuately-Alazard, Nadja (Hrsg.): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht*. (K) Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutscher Sprache. Münster: Unrast, S. 272–278.

Bullard, Robert D. (2004): *Environment and Morality. Confronting Environmental Racism in the United States*, in: UN Programme Papers Number 8, *Identities, Conflict and Cohesion*. Online verfügbar unter <https://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/search/543B2B250E64745280256B6D005788F7> (letzter Zugriff 18.03.2020).

Duile, Tom (2014): Naturkonzepte und indigene Identitätswürfe im Kontext ökologischer Konflikte in Kalimantan, in: *Austrian Journal of South-East Asian Studies*, 7(1), S. 93–110. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.14764/10.ASEAS-2014.1-7> (letzter Zugriff 20.04.2021).

Clausing, Peter (2015): Naturschutz, in: Susan Arndt/Nadja Ofuately-Alazard (Hrsg.): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht*. (K) Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutscher Sprache, Münster: Unrast, S. 455–462.

Cockburn, Harry (2020): Ella Kissi-Debrah inquest: Coroner says air pollution contributed to death of nine-year-old in landmark ruling, in: *The Independent*, 16.12.2020. Online verfügbar

unter <https://www.independent.co.uk/climate-change/news/ella-kissi-debrah-inquest-result-pollutionb1774841.html> (letzter Zugriff 09.05.2021).

Comission for Racial Justice (1987): *Toxic Wastes and Race in the United States*, in: United Church of Christ, 07.03.2020. Online verfügbar unter <https://www.nrc.gov/docs/ML1310/ML13109A339.pdf>

Gülay, Çağlar/Schwenken, Helen/Mar Castro Varela, do Maria (2012): *Geschlecht – Macht – Klima: Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit*. Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Moore, Jason W. (2015): *Capitalism in the Web of Life. Ecology and the Accumulation of Capital*. New York/London: Verso.

Vergès, Françoise (2017): *Racial Capitalocene*, in: Gaye Theresa Johnson/Alex Lubin: *Future of Black Radicalism*. London/New York: Verso, S. 72–83.

Nene Opoku

Nene Opoku hat Politik und Geschichte studiert und macht ihren MA in interdisziplinärer Antisemitismusforschung. Ihr Schwerpunkt liegt in der Beschäftigung mit Ideologien der Ungleichheit aus historisch vergleichender Perspektive. Außerdem ist sie im BIPoC Black Earth Kollektiv Berlin aktiv, das aus intersektionaler und dekolonialer Perspektive zu Klimagerechtigkeit arbeitet.

7 | Das Anthropozän-Konzept – Jenseits von Kohlendioxid und Kapitalismus

Die Menschheit ist in den letzten Jahrzehnten zur stärksten Naturgewalt aufgestiegen, sie überschreitet planetarische Grenzen und hinterlässt immer tiefere ökologische Fußabdrücke. Die Globalisierung und die permanente Beschleunigung der Eingriffe in die natürlichen Lebensgrundlagen bleiben nicht unbeantwortet, die Natur revoltiert gegen die Menschen, das Erdsystem gerät aus dem Gleichgewicht. Die alte Erde, die zur Heimat der Menschen wurde, existiert nicht mehr. Das wirtschaftliche Wachstum, angetrieben von kurzfristigen Verwertungsinteressen, und der technische Fortschritt, der nur das immer Weiter, Schneller und Höher kennt, zerstören dabei nicht nur die Natur, sie machen auch ein Ende der menschlichen Zivilisation denkbar.

Heute leben wir in einer neuen geologischen Epoche, das Anthropozän oder die vom Menschen gemachte Erde. Das Holozän, jener gemäßigte Abschnitt der letzten rund 12.000 Jahre, in dem sich die menschliche Zivilisation entwickeln konnte, ist vorbei. Mit der Great Acceleration, der großen Beschleunigung des industriellen Kapitalismus ist es seit den 1950er-Jahren zu der maßgeblich vom Menschen geprägten Entwicklung unseres Planeten gekommen. Die Mehrheit der Wissenschaftler tendiert denn auch dazu, diese Zeit, in der es zu einem enormen Anstieg in der Nutzung von fossilen Brennstoffen, der Produktion von Plastik und anderen synthetischen Stoffen, dem Einsatz von Beton, der autogerechten Stadt und zu starken radioaktiven Fallouten kam, zum Beginn des Anthropozäns zu machen.

Der Vordenker des Anthropozän-Konzepts, der Nobelpreisträger für Chemie von 1995 Paul J. Crutzen, beschreibt diese neue Phase der Erdgeschichte als Geologie der Menschheit – Geology of Mankind. Anthropozän, das ist kein modischer Begriff, sondern eine Warnung von enormer Tragweite. Die wichtigste Erkenntnis ist: Naturverhältnisse sind immer auch Herrschaftsverhältnisse, die entweder grundlegend neu geordnet werden

müssen oder es kommt zur Selbstvernichtung der menschlichen Zivilisation, weil die Erde bei dem technisch-ökonomischen Expansionsdrang nicht mehr mitspielt.

Crutzen erkannte den arroganten Irrtum, die Menschheit könne sich ihrer Zukunft gewiss sein, wenn sie an dem bisherigen „Weltmodell der Moderne“ festhalte. Die Natur ist in ihrer Begrenztheit und Verletzlichkeit der limitierende Faktor. Tatsächlich ist die anthropozentrische Krise eine Krise des dominierenden Weltmodells, auch wenn es bisher noch kein anderes gesellschaftliches System gab, auch nicht die kommunistischen oder die verschiedenen Dritten Wege, das nicht auch wachstumsfixiert war. Von daher muss Anthropozän als ein überwölbendes Dach für die gesamte Menschheit gesehen werden, dass nicht etwa die gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte relativiert, sondern im Gegenteil weiter zuspitzt.

Wir leben im Zustand der „Grenzüberschreitungen“

Das Anthropozän-Konzept wird in erster Linie mit der vom Menschen verursachten Klimakrise begründet. Unbestritten ist der massenhafte Einsatz der fossilen Brennstoffe der stärkste Treiber der Erderwärmung, deren Nutzung in den Industriestaaten besonders hoch ist. Tatsächlich wird noch in diesem Jahrzehnt die Kohlendioxid-Konzentration in der Troposphäre, die heute 17mal höher liegt als vor 100 Jahren, einen Wert von 430 ppm erreichen. Das bedeutet, dass eine Erwärmung um 1,5 Grad Celsius nicht mehr zu verhindern ist, auch wenn sich das aufgrund des längerfristigen Anpassungsmechanismus des Klimasystems erst zeitverzögert in seiner ganzen Tragweite zeigen wird. Damit verbunden sind weitreichende Verschiebungen in der Energiebilanz, Chemie und Dynamik der Atmosphäre. Es wird nicht nur wärmer, auch der „feuchte Treibhauseffekt“ entfaltet sich mit Starkregen, Überschwemmungen und Orkanen.

Kippunkte im Erdsystem rücken schnell näher. Bei 1,8 Grad Celsius Erwärmung sterben die Korallenriffe, das zweitgrößte



Öko-System der Erde, unwiderruflich ab. Die thermohalinen Strömungen des Atlantiks verschieben sich, immer häufiger sind Wetterextreme die Folgen vor allem in Mittelgebirgsregionen. In Afrika zieht sich das „Grüne Band“ weiter in Richtung Äquator zurück. Tropenwälder trocknen aus. Permafrostregionen tauen auf und setzen massenhaft Kohlenstoff frei. In der Folge beschleunigt sich die Klimakrise dramatisch.

Mit anderen Worten: Wir leben im Zustand der „Grenzüberschreitungen“, denn wir schaffen heute bereits „vollendete Tatsachen“, die erst künftig sichtbar werden und kurzfristig nicht mehr zu stoppen sind. Hier zeigt sich ein grundlegender Konflikt mit dem vorherrschenden Regime der Kurzfristigkeit, das den globalen Kapitalismus prägt. Ein zweiter ist, dass die Klimakrise zwar ein globales Problem ist, sich aber noch lange Zeit sozial, räumlich und zeitlich höchst ungerecht auswirkt. Erbitterte Verteilungskonflikte ziehen herauf. Die

Hauptverursacher werden in der Regel nicht die Hauptbetroffenen sein. Afrika beispielsweise, das vom Zusammenbruch landwirtschaftlicher Systeme besonders betroffen sein wird, ist für rund 3 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich, obwohl 18 Prozent der Weltbevölkerung auf dem Kontinent leben. Das reichste Prozent der Menschen verursacht dagegen 15 Prozent der klimaschädlichen Gase. Nicht wenige von ihnen werden versuchen, sich in grünen Oasen des Wohlstands von der unwirtlich werdenden Welt abzuschotten. Von daher ist Klimaschutz auch eine Frage des Friedens.

Das Anthropozän-Konzept zwingt uns, Grundfragen der unvollendeten Moderne zu überprüfen und neu zu bewerten. Auch das gehört zu den Prinzipien von Aufklärung, Freiheit, Vernunft und Verantwortung, den Grundprinzipien der europäischen Moderne. Der zu Recht kritisierte Dualismus Mensch – Natur hat seine Wurzeln auch in der europäischen Ideengeschichte

„Durch die Radikalisierung des Verhältnisses Mensch und Natur entstand das falsche Verständnis von Umwelt statt Mitwelt, das in die heutige ökologische Krise geführt hat.“

des Fortschritts, dessen Folie die aus der Antike vertraute Vorstellung von einer „Stufenleiter des Seins“ ist. Danach werden die Lebewesen von einfachsten bis zu den komplexesten Erscheinungen geordnet. Das zeitlich Spätere ist danach immer auch das Höhere. Dieser Glaube an die Vorwärtsentwicklung der Zivilisation entstand im europäischen Rationalismus und wurde mit der Emanzipation des Menschen und der Orientierung auf die Naturwissenschaften begründet. Die Ausrichtung auf die Linearität wurde zur Grundlage des Fortschritts, gleichsam zu einer säkularisierten Heilsbotschaft.

Aufklärung und Befreiung standen im Zentrum der Ideen der europäischen Moderne, die nach dem dunklen Mittelalter die Epoche der Erleuchtung einleitete. Die Aufklärung wollte die Verhältnisse, so wie sie waren, nicht hinnehmen, sondern vor allem mit Hilfe der Naturwissenschaften sozialer und freiheitlicher gestalten. Dafür nahm die Idee der Emanzipation (der Befreiung) des Menschen den zentralen Stellenwert ein. Aufklärung wurde zur Hoffnung für eine Humanisierung der Gesellschaft, die Bändigung von Gewalt, eine Kultur der Anerkennung und die Beseitigung von Armut und Elend. Damit verbunden war das Ziel einer friedlichen Welt, in der sich alle gleich und frei begegnen und jeder nach seinen Vorstellungen ohne Diskriminierung leben sollte. Das war damals allerdings in erster Linie auf Europa bezogen.

Instrumentalisierung der Natur

Mit der Industriellen Revolution verengte sich die Sicht auf wirtschaftliches Wachstum und die massenhafte Entfaltung technischer Innovationen. Die ökologischen Folgen, die sich aus der Globalisierung der Umweltzerstörung ergeben, waren vor 200 und mehr Jahren noch nicht vorstellbar. René Descartes vertrat die These, dass der Mensch mittels der methodischen Anwendung von Wissenschaft und mathematischer Rationalität „maître et possesseur de la nature“ sei, sowohl um sich schützen zu können als auch um ihre Ressourcen

hemmunglos zu nutzen. John Locke, der Ideengeber der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, sah „in der Negation der Natur den Weg zum Glück“. Die Natur wurde überwiegend instrumentell gesehen, ist aber in dieser falschen Form tief im Bewusstsein und in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen verankert.

Durch die Radikalisierung des Verhältnisses Mensch und Natur entstand das falsche Verständnis von Umwelt statt Mitwelt, das in die heutige ökologische Krise geführt hat. Die Natur sollte – wie es bei dem Aufklärer und Hexenmeister (!) Francis Bacon („Wissen ist Macht“) heißt – auf die Folterbank der Experimente gespannt werden, um ihr ihre Geheimnisse zu entreißen.

Hier zeigt sich die Ambivalenz und Unvollkommenheit der europäischen Moderne. Ihre Grundlagen waren die Ideale der französischen Revolution, von Freiheit, Gleichheit, Solidarität, die britische Staatslehre und die deutsche Philosophie. Insgesamt war das nach Max Weber die „europäische Rationalität mit Weltbeherrschung“. Sie hat fundamentale Voraussetzungen für den Fortschritt der Gesellschaften geschaffen. Auch die sozialistische Bewegung ist ein „Kind“ der europäischen Moderne, sieht aber die Befreiung des Menschen erst durch eine Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht.

Auch in diesem Verständnis wird die europäische Moderne als unzureichend und unvollendet kritisiert, aber sie hat unbestritten hat sie wichtige Verbesserungen möglich gemacht. In ihrer Naturvergessenheit, ihrer männlichen Überhöhung und Dominanz mit totalen Machtansprüchen sowie ihrer Fixierung auf Europa beziehungsweise Neoeuropa zeigen sich schwerwiegende Fehler, Defizite und Überheblichkeiten. Wie Theodor Adorno und Max Horkheimer in der „Dialektik der Aufklärung“ eindringlich beschrieben haben, ist das Erbe des weißen Mannes wahrlich nicht nur positiv. Das Anthropozän-Konzept stellt

dagegen zwei Fakten der unvollendeten Moderne deutlich heraus:

1. Die Menschheit ist mit der Globalisierung der Umwelteinriffe an einen Punkt gekommen, an dem sie sich selbst vernichten kann.
2. Nur wenn der Mensch zu radikalen Reformen fähig wird, kann er die Selbstvernichtung verhindern. Die Voraussetzungen dafür sind sowohl eine Befreiung von den technisch-ökonomischen Zwängen als auch eine Weltinnenpolitik auf der Basis einer sozial-ökologischen Gestaltung der Transformation.

Anthropozän als Chance

In der Konsequenz kann eine Politik der Aufklärung und Vernunft nur der zweiten Feststellung folgen. Dann ist das Anthropozän die Chance für eine grundlegende Überarbeitung, die den Menschen zum sozialen und ökologischen Gestalter der Geschichte macht. Nach Crutzens Überzeugung geht das bei der globalen Herausforderung und Interdependenz der Klimakrise nur in globaler Verantwortung und in globaler Solidarität. Dafür muss sich unsere Zeit von wirtschaftlich-technischen Verwertungszwängen befreien. Das heißt, die Idee der Emanzipation muss sozial und ökologisch ausgelegt sein, lokal und regional, national und global. Für Rassismus, Nationalismus und Kolonialismus ist da kein Platz.

Das Anthropozän erfordert einen wissenschaftlich und reformpolitisch begründeten Weg in eine aufgeklärte Zukunft, die – wie der Humanist Erich Fromm gefordert hat – „weder Mangel noch Überfluss kennt“. Dabei geht es nicht um einzelne Forderungen, sondern um das Ziel, dem öffentlichen Wohl auf Dauer die Priorität vor individuellem Reichtum einzuräumen.

Literatur

Crutzen, Paul J.: Geology of Mankind, in: Nature, 23/2002.

Crutzen, Paul J./Müller, Michael (Hrsg.) (2020): Das Anthropozän. Schlüsseltexte des Nobelpreisträgers für das neue Erdzeitalter. München: oekom.

Crutzen, Paul J./Stoermer, Eugene F.: The Anthropocene, in: Global Change Newsletter, No. 41, May 2000, S. 17-18. Online unter <http://www.igbp.net/download/18.316f18321323470177580001401/1376383088452/NL41.pdf>

Rockström, Johan et al.: Planetary Boundaries. Exploring the Safe Operating Space of Humanity, in: Ecology and Society, 2/2019, S. 1-30.

Michael Müller

Michael Müller ist Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands und war von 2005 bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Von April 2014 bis Juli 2016 war er einer der beiden Vorsitzenden der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe.

8 | Prävention und politische Bildung gegen rechte Klimapolitik – Ansätze der FARN-Bildungsarbeit

Menschen engagieren sich aus sehr unterschiedlichen Motiven für oder auch gegen Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutz. Die allermeisten Positionen bewegen sich dabei in einem demokratischen Spektrum, in dem es Diskurse zu gestalten und Positionen auszuhandeln gilt. Doch, und dies ist vielen nicht bekannt, gibt es auch extreme Rechte, die sich für Natur-, Umwelt- und Klimaschutzbelange einsetzen. Und zwar aus einem Welt- und Menschenbild heraus, das einem demokratischen und menschenrechtsbejahenden Verständnis diametral entgegensteht. Obgleich manche Forderungen von demokratischen Umwelt- und Naturschutzorganisationen und rechten Akteur*innen auf den ersten Blick ähnlich oder gar gleich klingen, offenbart eine genauere Analyse die Unterschiede in den dahinterstehenden Überzeugungen: Der rechte Natur- und Umweltschutz ist immer verknüpft mit rassistischen, biologistischen und völkischen Ideen.

Dieser Artikel soll ergänzend zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung Einblick in die die non-formale (außerschulische) Bildungsarbeit von FARN geben und Möglichkeiten einer Präventionsarbeit darstellen.

Unsere Arbeit ist gerahmt durch interaktive Ansätze, die neben Raum für Diskussionen und Austausch, Momente der Selbstreflexion, des gemeinsamen Erkenntnisgewinns und des Einübendes von geeigneten Handlungsstrategien ermöglichen.

Das erste und wohl grundlegendste Ziel unserer politischen Bildungs- und Präventionsarbeit ist es, bei den Teilnehmenden ein Bewusstsein für die eingangs beschriebenen unterschiedlichen Motive zu schaffen und Wissen über einen rechtsmotivierten Umweltschutz mit seinem völkischen und biologistischen Umweltverständnis zu vermitteln. Hierbei geht es vor allem darum, die menschenverachtenden Grundannahmen und Denkmuster eines rechtsmotivierten Umweltschutzes zu verstehen, um mögliche Anknüpfungspunkte an eigene Forderungen zu



identifizieren. Denn nur auf dieses Wissen aufbauend, lassen sich Querfronten konsequent vermeiden und demokratische sowie menschenrechtsbejahende Ansätze aktiv gestalten.

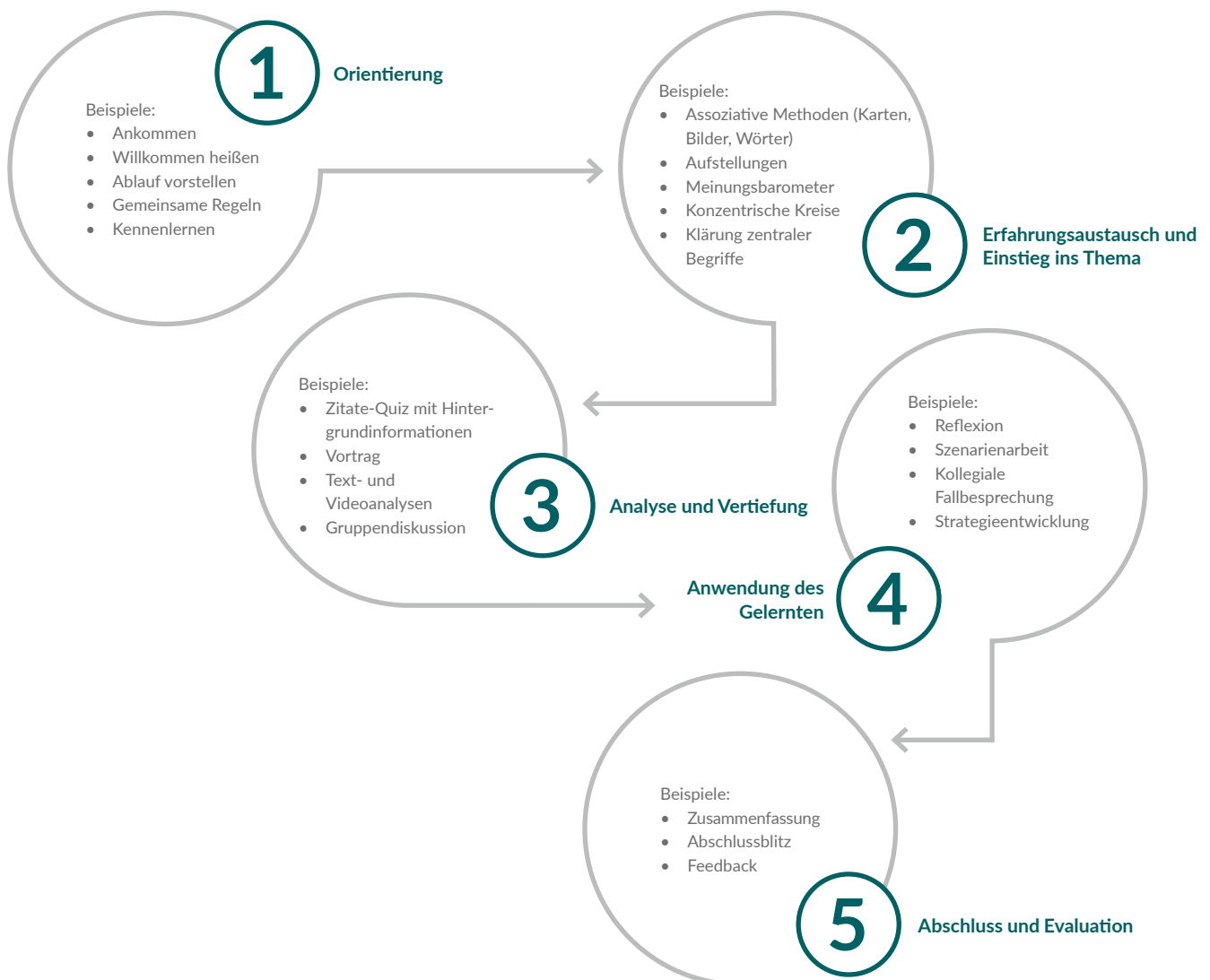
Die fünf Phasen der Workshopgestaltung

Für die Gestaltung unserer Bildungsformate orientieren wir uns an einem groben Phasenplan. Jede Phase ist in einzelne Schritte unterteilt. Die inhaltliche und methodische Schwerpunktsetzung ist je nach Workshop-Angebot und Zielgruppe unterschiedlich ausgerichtet, beinhaltet jedoch immer fünf Phasen. Diese ermöglichen es, einen gemeinsamen Lernraum zu gestalten und unterschiedliche Lerntypen anzusprechen:

1. Orientierung
2. Erfahrungsaustausch und Einstieg ins Thema
3. Analyse und Vertiefung
4. Anwendung des Gelernten
5. Abschluss und Evaluation

Innerhalb jeder Phase wechseln sich – dem Sinnbild vom erforderlichen Wechsel zwischen „Ein- und Ausatmen“ entsprechend – Momente der Inhaltsaufnahme und Momente der aktiven Beteiligung regelmäßig ab.

Die fünf Phasen der Workshopgestaltung



„Die Auseinandersetzungen um die Klimapolitik werden sich verschärfen und auch die extreme Rechte wird dabei mitmischen.“

In der **Orientierungsphase** werden die Teilnehmenden mit dem vorgesehenen Workshopsetting vertraut gemacht. Dieses beinhaltet insbesondere bei Workshops, die explizit rassistische Themen und Sprache behandeln, einen vertrauensvollen und respektvollen Umgang miteinander. Ebenso ist es relevant, die Teilnehmenden zu Beginn auf mögliche Irritations- und Überwältigungsmomente hinzuweisen, die bei der Beschäftigung mit extrem rechten Forderungen und Positionen auftreten können. Wir bitten alle Teilnehmenden darauf zu achten, bei diesem belastenden Thema Sorge für sich und füreinander zu tragen. Darüber hinaus steht am Beginn eines jeden Workshops eine Phase des Kennenlernens aller Teilnehmenden, die je nach Workshoplänge kürzer oder intensiver gestaltet wird, jedoch immer ein wichtiges Fundament für die weitere Zusammenarbeit im Verlauf des Workshops bildet.

In der zweiten Phase – **Erfahrungsaustausch und Einstieg ins Thema** – werden das bereits vorhandene Wissen oder eigene Erfahrungen der Teilnehmenden mit dem Themenfeld aktiviert. Dies kann zum Beispiel in einer assoziativen Sammlung mithilfe didaktischer Lernmittel oder in einem kurzen Austausch in Kleingruppen stattfinden. In Bezug auf die behandelten Themen sind häufige Assoziationen an dieser Stelle zunächst, dass Klimaleugnung auf der rechten Seite und umweltpolitisches Engagement eher auf der linken Seite des politischen Spektrums zu verorten seien. Ferner können auch Zitate, Bilder oder Aussagen dem Einstieg dienen, zu denen die Teilnehmenden sich positionieren sollen. Dabei handelt es sich meist um Äußerungen extrem rechter Akteur*innen, die ohne Kontext leicht der demokratischen Umweltbewegung zugeordnet werden können. Bei dieser Herangehensweise ist es besonders relevant, während der Auflösung zu betonen, dass es in der Übung nicht darum geht Teilnehmende vorzuführen oder gar „in die rechte Ecke zu stellen“. Es geht vielmehr darum aufzuzeigen, dass das Erkennen von rechten Motiven ein ganz genaues Hinschauen und das Erkennen von

bestimmten Zusammenhängen erfordert. Mit der nachfolgenden Auflösung wird ein Blick auf verwendete Begrifflichkeiten und Wörter gelenkt, anhand derer sich die rechte Ideologie erkennen lässt.

Die **Analysephase** dient der Vertiefung mithilfe des Einsatzes von rechten Publikationen, Videos und Bildern. In Kleingruppenarbeit findet eine Auseinandersetzung mit den Argumentationen und der Bildsprache der extremen Rechten statt. Die neugewonnene Sensibilisierung für mögliche Ähnlichkeiten mit demokratischen Positionen und entscheidende Unterschiede zu eben diesen bietet die Grundlage für die Entwicklung von Strategien gegen eine Vereinnahmung durch menschenverachtende Klima- und Umweltpolitik.

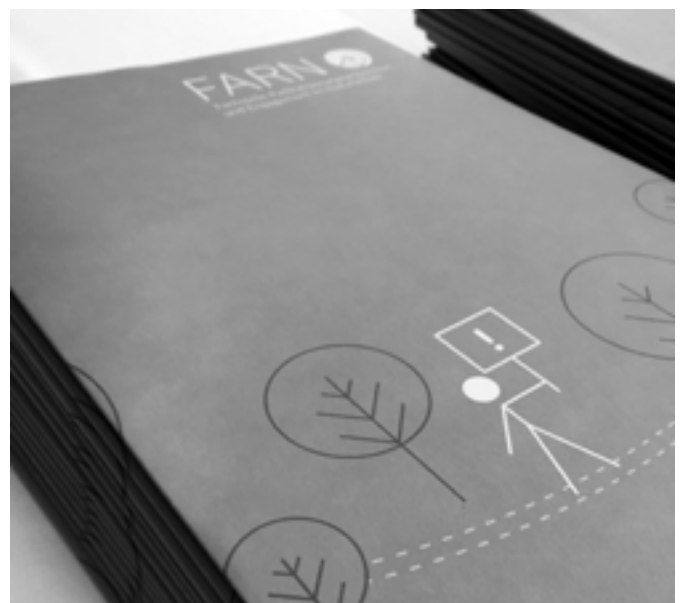
In der vierten Phase – **Anwendung des Gelernten** – laden wir die Teilnehmenden dazu ein, die erarbeiteten Abgrenzungen und Gegenargumente in Rollenspielen auszuprobieren und mithilfe von Ergänzungen und Feedback aus der Gruppe weiter zu schärfen. Je nach Zielgruppe können hier sowohl Gesprächsstrategien im persönlichen Umgang als auch auf institutioneller Ebene ausprobiert und diskutiert werden. Es kann in dieser Phase von Vorteil sein, auch auf individuelle Erfahrungen der Teilnehmenden einzugehen und diese mithilfe einer kollegialen Fallberatung zu behandeln. Diese Phase erweist sich in der Praxis als enorm wichtig für die Motivation und das Empowerment der Teilnehmenden. Bedeutend und hilfreich ist hierbei das Verständnis dafür, dass sich Forderungen von völkischen und demokratischen Akteur*innen durchaus gleichen können und hier weniger gegen die Forderung einer bestimmten Maßnahme zu argumentieren ist, als vielmehr gegen das dahinterstehende Weltbild. Alternativ oder ergänzend kann in dieser Phase eine Beschäftigung mit dem solidarischen Konzept der Klimagerechtigkeit stattfinden. Mithilfe dieses Rahmens können eigene Argumentationen und Standpunkte gegen eine rechte Klimapolitik geschärft werden.

In der fünften Phase – **Abschluss und Evaluation** – werden die zentralen Diskussionspunkte zusammengefasst und es gibt Raum für die Klärung offengebliebener Fragen. Mithilfe einer abschließenden Beteiligung der Teilnehmenden versuchen wir in diesem sensiblen Themenfeld die Stimmungslage abzufragen und mit einem ermutigenden Gefühl in eine Evaluation zu gehen.

Sensibilisierung als Chance

Mit einem Blick auf die Präventionsarbeit und die Bildungsformate, die wir als FARN durchführen, lässt sich festhalten: Die Sensibilisierung für die Zusammenhänge rechter Ideologien und ökologischer Fragestellungen ist enorm wichtig für demokratische Umwelt- und Klimaschützer*innen. Nach wie vor sind diese Zusammenhänge viel zu unbekannt und die Irritationen finden immer wieder aufs Neue statt. Die Sensibilisierung zeigt aber auch deutliche Wirkung, wenn sich Vereine und Initiativen neue Leitbilder geben, Satzungen nachschärfen und über die Anschlussfähigkeit ihrer eigenen Argumente nach rechts reflektieren. Innerhalb der Natur- und Umweltschutzverbände unter dem Dach des Deutschen Naturschutzrings und auch in der jungen Klima(gerechtigkeits)bewegung finden Debatten und klare Positionierungen gegen menschenverachtendes Gedankengut statt. Ohne eine tiefere Beschäftigung mit rechten Ideologien im Umweltbereich und die Nutzung von Multiplikator*inneneffekten in der Jugendbildungsarbeit haben Appelle und Positionierungen allerdings keine nachhaltige Wirkung. Daher kann es sich auch lohnen, diese Ansätze aus der non-formalen Bildung auf ihre mögliche Implementierung in formale Formate von Schulen und Hochschulen zu überprüfen.

So unsicher Zukunftsprognosen generell auch sind, scheint es doch sicher, dass der Klimakrise in den nächsten Jahren eine immer größere Bedeutung zukommen wird. Dadurch werden sich die Auseinandersetzungen um die Klimapolitik verschärfen und auch die extreme Rechte wird dabei mitmischen. Mit



einem geschärften Bewusstsein dafür, wohin deren menschenverachtende Politik führen kann, und der Vision von einer (klima-)gerechten Welt kann eine demokratische und menschenrechtsbejahende Umwelt- und Klimabewegung selbstbewusst in die Zukunft blicken.

Klara Kauhausen und Yannick Passeick

Klara Kauhausen ist Umweltpsychologin und war bis April 2021 als Bildungsreferentin bei der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) tätig.

Yannick Passeick ist Politikwissenschaftler und arbeitet seit 2017 als Bildungsreferent bei FARN.

Weitere Publikationen der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)

Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung

Wo finden sich in aktuellen Natur- und Umweltschutz-Debatten Anknüpfungspunkte für rechte Ideologien? Welche historischen Kontinuitäten gibt es? Wie können demokratische Natur- und Umweltschützer*innen dem entgegenwirken? Diese Fragen beantwortet die FARN-Handreichung an ausgewählten Beispielen. So sprechen rechtsextreme Naturschützer*innen im Zusammenhang mit gebietsfremden Arten (Neobiota) oft von „Fremdlingen“, „Plage“ oder „Eroberern“. Die Botschaft dabei ist: Das Fremde bedroht die heimische Natur. Von hier ist es für rechtsextreme Naturschützer*innen nicht mehr weit zu neurechten Verschwörungstheorien wie etwa der „Umvolkung“. Die FARN-Handreichung, die sich vor allem an Aktive im Natur- und Umweltschutz, in der Rechtsextremismusprävention und der Kinder- und Jugendarbeit richtet, macht diese Zusammenhänge sichtbar und bietet einen ersten Einstieg in das Thema.

Online abrufbar unter www.nf-farn.de/rechtsextreme-ideologien-natur-umweltschutz

Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist nicht nur ein Phänomen des Rechtsextremismus. Rassistische, sexistische, behindertenfeindliche und andere menschenverachtende Haltungen, Strukturen und Handlungen finden sich überall in unserer Gesellschaft. Folglich ist der Natur- und Umweltschutz davon nicht ausgenommen. Auch hier finden sich Denkmodelle und Vorgehensweisen, die den Grundsätzen der Demokratie (zum Beispiel Minderheitenschutz, Achtung der Menschenrechte) zuwiderlaufen. Meist geschieht dies unwissentlich und unabsichtlich. Die vorliegende Broschüre richtet sich an Aktive im Natur- und Umweltschutz. Sie bietet den Leser*innen die Möglichkeit, sich anhand von Debattenbeiträgen mit Aspekten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und

Umweltschutz auseinanderzusetzen. Gleichzeitig gibt sie Denkansätze und eröffnet Perspektiven, wie demokratiefördernder und menschenrechtsbejahender Natur- und Umweltschutz gestaltet werden könnte.

Online abrufbar unter www.nf-farn.de/aspekte-gruppenbezogener-menschenfeindlichkeit

Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen

Die extreme Rechte weiß, dass Themen aus dem Natur-, Tier- und Umweltschutz sich in der breiten Bevölkerung großer Beliebtheit erfreuen und sich besser verkaufen lassen als plumpe rassistische Parolen. Rechtsextreme Gruppierungen und Akteur*innen bedienen sich dementsprechend ökologischer Themen, um ihre Forderungen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Dabei werden manche Formulierungen harmlos verpackt und sollen die menschenverachtenden Absichten verdecken. Andere Formulierungen hingegen beinhalten ganz offen Verschwörungstheorien und nationalistische Mythen. Doch wie genau erkennt man rechtsextreme Motive? Was lässt sich diesen entgegenstellen? Diese Handreichung gibt eine Hilfestellung für das Entlarven von rechtsextremen Denkmustern im Natur- und Umweltschutz und liefert Argumente gegen diese rechtsextremen Weltbilder.

Online abrufbar unter www.nf-farn.de/wenn-rechtsextreme-von-naturschutz-reden

Love Nature. Not Fascism. Demokratischen Umwelt- und Naturschutz gestalten

Die Broschüre richtet sich an junge Menschen, die bereits im Natur- und Umweltschutz aktiv sind – oder es werden wollen. Und zwar in einem Natur- und Umweltschutz, der nicht an nationalen Grenzen haltmacht, sondern ein gutes Leben für alle Menschen will, einem Natur- und Umweltschutz, der vielfältig ist statt ausgrenzend. Der erste Teil der Broschüre sensibilisiert die Leser*innen für Bewegungen und Motive eines Umwelt- und Naturschutzes von rechts: Anastasia-Bewegung, Klimaleugnung und Postwachstum von rechts. Im zweiten Teil werden den rechten Konzepten demokratische Entwürfe gegenübergestellt: Leben im Ökodorf, Klimagerechtigkeit und die Idee der Commons. Der dritte Teil ist eine „Toolbox“ mit wichtigen Tipps und Internetadressen.

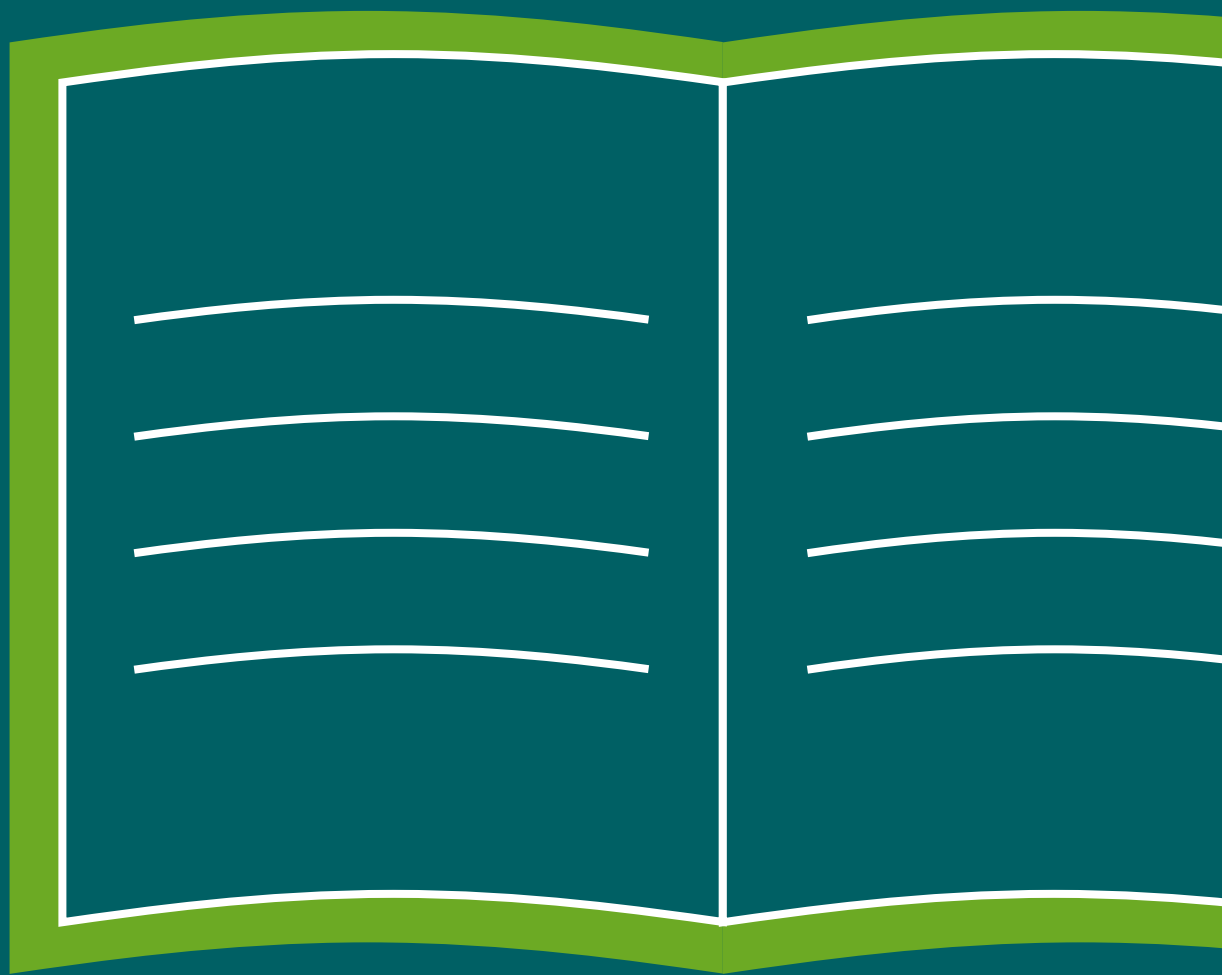
Online abrufbar unter www.nf-farn.de/love-nature-not-fascism-demokratischen-umwelt-naturschutz-gestalten

Prima Klima? Natur- und Umweltschutz in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung

Die Broschüre thematisiert Impulse für einen demokratischen Natur- und Umweltschutz. Sie ermutigt Menschen, die sich im Natur- und Umweltschutz engagieren, ihr eigenes Handeln zu reflektieren, ihre Motive im Hinblick auf Anschlussfähigkeit für rechte Ideologien zu überprüfen und weckt die Sensibilität für die Bedürfnisse anderer Menschen und gesellschaftlicher Gruppen. Die sechs Beiträge beschäftigen sich mit den Traditionen des demokratischen Natur- und Umweltschutzes in Deutschland und der Frage, wie soziale Bewegungen die Zukunft sozial-ökologisch für alle gestalten können; sie beleuchten die Hintergründe von Klimaleugnung und Klimaskepsis und zeigen, wie sich tradierte rassistische Denkmuster in der Naturkunde bis heute halten; sie beschreiben die Chancen einer menschenrechtsorientierten sozialen Arbeit und einer interkulturellen Öffnung der Umweltverbandsarbeit.

Online abrufbar unter www.nf-farn.de/prima-klima-natur-umweltschutz-in-zeiten-gesellschaftlicher-polarisierung

Gedruckte Exemplare können gegen Ersatz der Portokosten und eine Bearbeitungspauschale in Höhe von 3,50 Euro über info@nf-farn.de bestellt werden (solange der Vorrat reicht).



Impressum

1. Auflage 2021

Herausgeber

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)
c/o NaturFreunde Deutschlands
Warschauer Str. 58a/59a
10243 Berlin

info@nf-farn.de
www.nf-farn.de

Gestaltung und Satz

BBGK Berliner Botschaft
Gesellschaft für Kommunikation mbH
www.berliner-botschaft.de

Bildnachweise

Bildnachweise: S. 6: John Darroch/Wikimedia (CC BY-SA 4.0); S. 7: Dennis Melsa/
Naturfreundejugend Deutschlands (NFJD); S. 9: Uwe Hiks, NaturFreunde Berlin (UH);
S. 10: Screenshot von www.npd-mv.de/?s=atomtod+stoppen (3.9.2021); S. 12: Qube's
Pictures/Pixabay (CC0 Creative Commons); S. 15: Hans Braxmeier/Pixabay (CC0 Creative
Commons); S. 16: Martin Lindner/Wikimedia (CC BY-SA 4.0); S. 19: Darkmoon_Art/Pixabay
(CC0 Creative Commons); S. 20: UH; S. 23: LucyKaef/Pixabay (CC0 Creative Commons);
S. 26: Gesche Andert; S. 30: Black Earth Kollektiv Berlin; S. 34: Gene Gallin/Unsplash;
S. 37, S. 40: FARN.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Ein gemeinsames Projekt der



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**